ETATANTRÄGE
HAUSHALT 2022

DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

Inhalt Etatanträge 2022

1. Parkraumbewirtschaftung
2. Unwürdige Behandlung von Ausländer*innen beenden
3. Sozialbindungen nachhaltig fördern und sichern!
4. Wohnungspolitik ernst nehmen: Stellen schaffen
5. Höchster Fährhaus sanieren
6. Einhausung A661: Weitergehenden Lärm- und Gesundheitsschutz realisieren
7. E-Ladeinfrastruktur ausbauen
8. Freies WLAN in Bahnen und Bahnstationen
9. Lastenrad-Sharing
10. Barrierefreien Ausbau des ÖPNV beschleunigen
11. Kinder kostenlos mitnehmen!
12. (E-)Lastenradförderung erweitern
13. Machbarkeitsstudie über den Nulltarif
14. ÖPNV umfassend ausbauen
15. Straßburger Modell: Park+Ride-Anlagen aus- und neubauen
16. Busnahverkehr rekommunalisieren
17. Kostenloses Schüler*innenticket
18. In Zukunft Nulltarif, 365-Euro-Ticket jetzt
19. Nahmobilität im Alter gewährleisten: ÖPNV-Zuschuss für Senior*innen-Tickets
20. ÖPNV sozialer gestalten
21. Fußverkehrsbeauftragte*r
22. Autokorrektur: Mehr Lebensqualität in den Stadtteilen
23. ABG Holding: Investieren statt städtischen Haushalt füllen
24. Maximal ein Drittel des Einkommens für Miete – Mietzuzahlung einführen
25. Pandemiefolgenfonds
26. Sanierung öffentlicher Spielplätze
27. Arbeitsbedingungen von Hebammen verbessern
28. Bibliotheken kostenfrei benutzen
29. Boardinghouse schaffen
30. Frankfurt-Pass anpassen
31. Programm „Aktive Nachbarschaft“ auf Jugendliche ausweiten
32. Senior*innenermäßigung für Rentner*innen in Frankfurt
33. Kommunales Beschäftigungsprogramm – Investition in die Zukunft
34. Stadthaus für alle
35. Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff
36. Corona-Aktionsplan finanzieren
37. Einrichtung einer Monitoringstelle
38. Förderung für Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung Frankfurt e.V.: Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* bekämpfen und Istanbul-Konvention umsetzen
39. Städtische Kampagne zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen
40. Kommunaler Fonds für Leistungen im Gesundheitsbereich
41. Pflege in den Stadtteilen
42. Personal im Gesundheitsamt aufstocken

43. Jugendhilfe an Schulen stärken
44. Präsenz-Reinigungskräfte an Schulen
45. Kostenlose Kinderbetreuung auch in der Kinderkrippe und Tagespflege
46. Kostenfreies und gesundes Frühstück und Mittagessen an Schulen
47. Personalbudget für Frankfurter Kinderbüro erhöhen
48. Ein Haus für die freie Szene
49. Freie Kunstakademie Frankfurt stärker fördern
50. Brotfabrik soll städtisch werden
51. Stärkung der Frankfurter Clubszene
52. Kultur für alle
53. Stärkere Förderung der freien Theaterszene
54. Stärkere Förderung des Stoffel-Festivals
55. Corona-Pandemie: Notfallfonds für Kulturschaffende
56. Bunker zu kulturellen Zentren umbauen
57. Digitalisierung und Provenienzforschung in Museen, Bibliotheken und Archiven
58. Kombi-Tickets für den Zoo
59. Wasser- und Abwasserkonzepte: Jetzt handeln!
60. Energie sparen und Ressourcen schonen
61. Klimaschutzfonds
62. Investitionen ins Stadtgrün
63. Aktive Liegenschaftspolitik
64. Vorkaufsrechte wahrnehmen und Milieuschutzsatzungen ernst nehmen
65. KEG ausschließlich in öffentlicher Hand
66. Mehr Mülleimer an öffentlichen Plätzen
67. Kostenlose öffentliche Toiletten für alle ausbauen – Gendergerechtigkeit mitdenken
68. Keine Subventionierung von Hungerlöhnen
69. Investitionsstau beenden - 500 Millionen Euro zusätzlich für die Infrastruktur
70. Was kommunal ist, sollte auch der Kommune gehören
71. Lärmzuschlag für Kurzstreckenflüge
72. Mehr Steuerfahnder*innen einsetzen - Gewerbesteuereinnahmen erhöhen
73. Gewerbesteuerhebesätze moderat erhöhen
74. Bedarfsgerechte Stellenplanung

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:	

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Parkraumbewirtschaftung

Produktbereich:	11	Ordnung und Sicherheit
Produktgruppe:	11.05	Verkehrssteuerung und -überwachung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 ff. werden die notwendigen Mittel und Personalressourcen eingestellt, um in Frankfurt bis zum Ende der laufenden Wahlperiode eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit vergünstigten Tarifen für Anwohner*innen und Lieferzonen für Gewerbebetriebe einzuführen.

Begründung:

Die Frankfurter Stadtregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten:

„Wir führen schnellstmöglich eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit einer Anwohner*innenregelung ein, um Verdrängungseffekte in Bereiche ohne Parkraumbewirtschaftung zu verhindern. Gewerbebetriebe erhalten die Möglichkeit Gewerbeparkausweise zu erwerben, deren Preis ggf. nach der Anzahl der benötigten Ausweise ansteigend gestaffelt wird. Kostenloses Parken wird es mittelfristig nur an Mobilitätsstationen (z. B. P+R Anlagen) am Stadtrand geben, um das Pendeln mit dem ÖPNV zu vereinfachen.“

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Der Koalitionsvertrag hat, gesetzt dem Fall, dass die Stadtregierung beieinanderbleibt, eine Gültigkeit bis zum Ende der laufenden Wahlperiode. Um das Vorhaben einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung bis dahin umzusetzen, bedarf es umfangreicher Investitionen und einer Vielzahl zusätzlicher Personalstellen zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Unwürdige Behandlung von Ausländer*innen beenden

Produktbereich: 11 Ordnung und Sicherheit
Produktgruppe: 11.04 Ordnung und Sicherheit

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Bei den Wirkungsdimensionen der Arbeit der Ausländerbehörde wird analog zu denen der Bürgerämter der Indikator „Maximale Wartezeit von 15 Minuten für 80 Prozent der Kund*innen“ eingeführt.

2. Die nötigen Stellen für das Erreichen der Wirkungsdimension werden neu geschaffen.

3. Die nötigen Mittel für die Erfüllung dieses Ziels werden in den Haushalt 2022 eingestellt.

Begründung:

Die Ausländerbehörde Frankfurt hat in der Vergangenheit negative Schlagzeilen aufgrund von langen Wartezeiten gemacht. Es ist leider weiterhin traurige Realität, dass Menschen trotz digitaler Terminvergabe mehr als einen Monat auf einen Termin warten müssen, um in ihrer Angelegenheit angehört zu werden.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Der im Sommer 2021 angestoßene organisatorische Umbau der Ausländerbehörde ist nicht ausreichend, um den wachsenden Herausforderungen innerhalb der Behörde zu begegnen. Laut Stellenplan 2022 sind im Bereich Ordnung und Sicherheit, der auch die Ausländerbehörde zugeordnet ist, 83 vorgesehene volle Stellen bisher nicht besetzt. Von einer Unterbesetzung bzw. weiterhin hohen Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden in der Ausländerbehörde ist auszugehen. Um die Arbeitssituation in der Behörde zu verbessern, eine hohe Fluktuation bei den Mitarbeitenden zu vermeiden und schnell Termine vergeben zu können, müssen dringend neue Stellen geschaffen werden. Trotz Verbesserung durch die digitale Terminvergabe ist die bisherige durchschnittliche Wartezeit für einen Termin von etwa einem Monat zu lang (Stand: Februar 2022).

Allen Frankfurter*innen muss unabhängig von ihrer Herkunft die gleiche Servicequalität zur Verfügung stehen: 15 Minuten in 80 Prozent der Fälle.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Sozialbindungen nachhaltig fördern und sichern!

Produktbereich: 13 Stadtplanung
Produktgruppe: 13.01 Stadtplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die veranschlagten Wohnungsbaufördermittel werden erhöht: Für die Haushaltsjahre 2022/23 wird der Haushaltsposten der Investitionsmaßnahme 5.001232 auf jeweils 275 Millionen Euro erhöht. Die Vergabe von Wohnungsbaufördermitteln wird an eine unbefristete Mietpreisbindung gekoppelt, um den geförderten Wohnraum zu erhalten.

Begründung:

In Frankfurt fehlt bezahlbarer Wohnraum. Die Bestrebungen, weiteren geförderten Wohnraum zu errichten, müssen in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden, wenn der Bedarf gedeckt werden soll. Insbesondere im ersten Förderweg müssen vermehrt Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im Haushalt 2022 sind jährlich 47 Millionen Euro zur Unterstützung des Wohnungsbaus bis 2023 eingestellt. Darin sind die Mittel für die Unterstützung von Zinsen und die Bezuschussung des Baus von Wohnungen im ersten sowie im zweiten Förderweg zusammengefasst. Trotz der sich verschärfenden Wohnungskrise in Frankfurt bedeutet das sogar eine Reduktion um 2 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Diese Summe reicht bei Weitem nicht aus gegen die rückläufige Zahl von geförderten Wohnungen. Bis 2022 fallen laut M 126/2019 weitere 4.900 Wohnungen aus der Bindung. Das sind 16 Prozent des Gesamtbestandes aller geförderten Wohnungen.
Besonders der Bestand an Sozialwohnungen in Frankfurt schmilzt beständig weiter ab. Allein in den Jahren 2018, 2019 und 2020 sind laut Angaben des Magistrats insgesamt mindestens 2.525 Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen (vgl. F 2072/2019, F 255/ 2021). Die Zahl der auslaufenden Sozialbindungen übersteigt dabei die Zahl der neu gebauten Sozialwohnungen deutlich: Zwischen 2018 und 2020 wurden lediglich 287 neue Sozialwohnungen fertiggestellt.

Indem 275 Millionen Euro eingestellt werden, kann der Bau von jährlich 2.000 Wohnungen verschiedener Größe mit den maximalen Förderbeträgen nach der Neufassung des Förderwegs 1 von Mai 2018 zwischen 16.351 Euro (1-Personen-Haushalt) und 36.085 Euro (4-Personen-Haushalt) nach Stufe 1 (Miethöhe von 5 Euro pro Quadratmeter) gefördert werden. Zusätzlich steht Geld für die Förderung nach Stufe 2 (mit einer Miete von 6,50 Euro pro Quadratmeter) und für Wohnungen nach dem Mittelstandsprogramm (mit Mieten zwischen 8,50 und 10,50 Euro pro Quadratmeter) zur Verfügung.

Die neu entstehenden Wohnungen sollen unbefristet der Belegung durch das Amt für Wohnungswesen zur Verfügung stehen, denn der Wegfall der Bindungen nach spätestens 30 Jahren führt zu einer extremen Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Zugleich ist der Rückkauf von Belegrechten teuer und bedeutet zum größten Teil eine Quersubventionierung der Gewinne der städtischen Wohnungsgesellschaften (vgl. B 123/2017). Die Entfristung der Mietpreisbindungen führt dagegen zu einer dauerhaften Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Wohnungspolitik ernst nehmen: Stellen schaffen

Produktbereich:	13	Stadtplanung
Produktgruppe:		
Produktbereich:	14	Geoinformation und Grundstücksordnung
Produktgruppe:		
Produktbereich:	15	Bauaufsicht und Denkmalschutz
Produktgruppe:		
Produktbereich:	17	Wohnen
Produktgruppe:	17.01	Wohnen
Produktbereich:	31	Finanzen
Produktgruppe:	31.08	Abwicklung von Grundstücksgeschäften
Produktbereich:	34	Grundstücks- und Gebäudemanagement
Produktgruppe:		

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den für die Wohnungspolitik und städtischen Liegenschaften zuständigen Ämtern (darunter das Amt für Wohnungswesen, Amt für Bau und Immobilien, die Bauaufsicht u.a.) werden ausreichend zusätzliche Stellen geschaffen, um eine aktive Wohnungs- und Liegenschaftspolitik zu betreiben.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Begründung:

Schon jetzt werden neu ausgewiesene Stellen nicht besetzt. Das führt dazu, dass laut Stellenplan 2022 in der Stadtplanung 24 vorgesehene volle Stellen bisher nicht besetzt sind. Trotzdem ist zur Zeit nur vier Stellen im Stadtplanungsamt ausgeschrieben (Stand: Februar 2022). In den weiteren Produktgruppen, denen wohnungspolitische Aufgaben zugeordnet werden, sieht es nicht anders aus – auch in der Bauaufsicht (nicht besetzte Stellen: 30; ausgeschrieben: 1), beim Wohnen (32; 0), bei der Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung (4; 1) sowie beim Grundstücks- und Gebäudemanagement (77; 1) sind jeweils deutlich mehr Stellen vorgesehen als besetzt oder ausgeschrieben sind. Von Jahr zu Jahr steigt diese Differenz weiter. Die unbesetzten Stellen müssen endlich besetzt werden. Denn nicht nur durch zusätzliche Personalengpässe aufgrund von Krankheit, Elternzeiten oder aus anderen Gründen ist dieser Zustand unhaltbar. Auch die Aufgaben, die auf diese Ämter zukommen, sind zahlreicher geworden.

Schließlich ist die Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten, eine der dringendsten für Frankfurt. Um eine ambitionierte Änderung der Wohnungspolitik ernsthaft zu erreichen, müssen die eingeplanten Stellen in den dafür zuständigen Ämtern endlich besetzt werden – und weitere Stellen mit sicheren Beschäftigungsverhältnissen geschaffen werden.

Denn schon lange sind die Beschäftigten der Bauaufsicht mit der ständig steigenden Zahl der Baugenehmigungen an ihrer Kapazitätsgrenze. Auch die Aufstellung neuer Bebauungspläne und die Umsetzung des neuen Baulandbeschlusses wird die Ämter weiter belasten. Für diese Aufgaben muss endlich zusätzliches Personal eingestellt werden.

Ein weiterer Missstand zeigt sich darin, dass der Sanierungsstand städtischer Liegenschaften – wie z. B. der Schulen – oft den Ansprüchen hinterherhinkt. Zudem fallen Beteiligungsverfahren immer häufiger dadurch auf, dass Bürger*innen sich übergangen fühlen – auch hier fehlt es offensichtlich an Personal.

Für die Umsetzung der sechs im Jahr 2018 endlich neu erlassenen Erhaltungssatzungen zum Schutz der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (sogenannte Milieuschutz–satzungen) müssen neue Mitarbeiter*innen eingestellt werden. Schon mit der Anwendung der bestehenden Satzungen wie beispielsweise in Bockenheim und in der Knorrstraße kommen die Ämter oft nicht hinterher.

Mit weiteren Bodenpreissteigerungen werden sich die Fälle häufen, in denen die Ausübung des Vorkaufsrechts oder die Aushandlung einer starken Abwendungsvereinbarung notwendig sind, um die Bevölkerung vor Verdrängung zu schützen. Dafür müssen schon jetzt Stellen geschaffen werden.

Doch bereits heute zeichnet sich ab, dass die neuen Milieuschutzsatzungen nicht ausreichen. Für die Aufstellung neuer Satzungen und die Prüfung einer Erweiterung dieses Instruments müssen neue Stellen vorgesehen werden. Damit wird eine zusätzliche Belastung der vorhandenen Kräfte vermieden und gleichzeitig ein fundierter Austausch mit anderen Kommunen zu diesem komplexen Instrument der Wohnungspolitik ermöglicht.
Desweiteren wird immer wieder deutlich, dass die Bestandspflege und -renovierung von den stadteigenen Wohnungsgesellschaften teilweise jahrzehntelang außer Acht gelassen wurde. Die Wohnqualität im städtisch geförderten Wohnraum ist teilweise mangelhaft; denkmalgeschützte Siedlungen verfallen zum Teil wegen fehlender Sanierungen. Dies können zusätzliche Mitarbeiter*innen im Auge behalten, um eine gute Wohnqualität (wieder)herzustellen und zu erhalten.

Mit einer seit Jahren stark steigenden Anzahl an Menschen, die Anspruch auf geförderten Wohnraum haben, steigt auch die Anzahl an Vermittlungsaufgaben und der Beratungsbedarf. Außerdem führt die erfolgreiche Arbeit des Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen dazu, dass immer mehr genossenschaftliche Wohnprojekte nach Wohnraum suchen. Eine mit dem Liegenschaftsfonds angestoßene aktivere Liegenschaftspolitik und Beratung muss entsprechend personell ausgestattet sein.
Um schließlich eine Neuorientierung der Bodenpolitik hin zu einer langfristigen Strategie zu gewährleisten, müssen weitere neue Stellen geschaffen werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Höchster Fährhaus sanieren

Produktbereich: 13 Stadtplanung
Produktgruppe: 13.01 Stadtplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden im Programm "Schöneres Frankfurt" zusätzliche Mittel eingestellt, um das Höchster Fährhaus im Einklang mit Auflagen des Denkmalschutzes zu sanieren. Die Sanierung soll umgehend erfolgen.

Begründung:

Die Mittel für den Fährbetrieb zwischen Höchst und Schwanheim von 50.000 Euro für 2022 wurden im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Um den Betrieb attraktiver zu machen, wird das Fährhaus auf der Höchster Seite saniert.

Das Höchster Fährhaus zwischen Maintor und Zollturm verfällt zunehmend. Seit Jahren verspricht die Stadt die Sanierung des alten Hauses, aber passiert ist nichts. Eine Nutzung des Gebäudes ist aufgrund des schlechten baulichen Zustandes momentan nicht möglich (F 475/2022). Seit im März 2021 Steine aus der Mauer gebrochen sind und der eiserne Zaun abgeknickt ist, stehen unansehnliche rotweiße Warnbaken vor dem Haus. Die Ausschreibung für die Sanierung der Einfriedungsmauer lässt auf sich warten.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Das Haus soll dem Fährbetreiber als Büro und als offizielle Adresse des Fährbetriebs dienen. Seit mindestens 30 Jahren ist es nicht saniert worden. Angrenzend an die historische Stadtmauer ist es ein Aushängeschild des Stadtteils. Daher ist eine behutsame Sanierung in Einklang mit dem Denkmalschutz zügig zu starten.

Die Sanierung muss jetzt schnell in Angriff genommen werden, da im nächsten Jahr ein besonderes Jubiläum bevorsteht: 2023 jährt sich die urkundliche Ersterwähnung der Mainfähre zum 400. Mal.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Einhausung A661: Weitergehenden Lärm- und Gesundheitsschutz realisieren

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.03 Verkehrsanlagen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Damit die Anwohner*innen entsprechend den Vorgaben des Bundesimmissions-schutzgesetzes vor Lärm und Schadstoffen geschützt werden, wird die BAB 661 im Bereich von bestehenden oder zukünftigen Wohngebieten innerhalb des Stadtgebiets komplett ein gehaust und das Bauwerk mit einer Luftfilteranlage versehen. Die dafür notwendigen Planungsmittel werden in den Haushalt 2022 eingestellt und die Stadt bemüht sich um eine Kostenübernahme der Baumaßnahmen durch Bund und Land.

Begründung:

Die Verantwortung für den Lärm und die Schadstoffbelastung an den Autobahnen haben die Autofahrer*innen als Verursacher*innen und der Bund als der Zuständige für die Autobahnen, nicht die Anwohner*innen. Wenn der Bund die vollständige Kosten-übernahme verweigert, müssen die Stadt Frankfurt und das Land Hessen die notwendigen Kosten der Komplett-Einhausung tragen, denn sie haben die Verantwortung für die Gesundheit ihrer Bürger*innen bzw. verfolgen den weiteren Autobahnausbau. Die von der Stadt Frankfurt beschlossene Einhausungsvariante L2 greift zu kurz und lässt tausende Menschen in den östlichen Stadtteilen weiterhin unter Dauerlärm und Abgasen leiden.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

E-Ladeinfrastruktur ausbauen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es werden die notwendigen Mittel in den Haushalt 2022 fortfolgende eingestellt, um das Angebot an öffentlichen und einheitlichen Schnellladestationen mit Strom aus erneuerbaren Energien mit einer Zielvorgabe von durchschnittlich 25 neu zu errichtenden Ladestationen pro Monat auszubauen. Dabei werden bestehende Fördermittel des Bundes und des Landes Hessen optimal ausgenutzt.

Begründung:

Zuletzt gab es in Frankfurt insgesamt nur 199 öffentliche Ladepunkte an rund 100 Ladesäulen-Standorten. Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, dass bis 2030 875 öffentliche Lademöglichkeiten geschaffen werden sollen. Dieser Zielwert ist zu knapp bemessen und muss nach oben korrigiert werden. Trotz drohender Fahrverbote und obwohl das Land Hessen als auch der Bund reichlich Zuschüsse zur Förderung der Elektromobilität bereithalten, kommt Frankfurt beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur nicht voran.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Freies WLAN in Bahnen und Bahnstationen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es werden die notwendigen Mittel in den Haushalt 2022 eingestellt, um gemeinsam mit der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt ein Konzept für kostenlosen WLAN-Zugang in den Frankfurter Bahnen und Bahnstationen zu entwickeln und zeitnah einzuführen.

Begründung:

In unterirdischen Stationen des ÖPNV und in Bahntunneln gibt es häufig keinen Mobilfunkempfang. Daher stattet der RMV seit 2018 die S-Bahnen und Fahrkartenautomaten in den Stationen mit WLAN aus. Die VGF sollte dem folgen. Die Ausstattung der Frankfurter Bahnen und Bahnstationen macht den ÖPNV attraktiver und sicherer und setzt damit einen Anreiz, vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Lastenrad-Sharing

Produktbereich:	16	Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe:	16.10	traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In den Haushalt 2022 werden finanzielle Mittel für die Anschaffung und den laufenden Betrieb von 16 (E-)Lastenräder für das Projekt Main-Lastenrad der Regionalgruppe Rhein-Main des VCD Landesverband Hessen eingestellt, die diese mit Unterstützung des Frankfurter Radfahrbüros in allen Frankfurter Ortsbeiratsbezirken zur kostenlosen Ausleihe anbietet. Darüber hinaus wird, wo nötig, die erforderliche Infrastruktur der Ausleihstationen (z.B. überdachte Abstellgelegenheiten) sowie eine Servicepauschale pro Rad für die ehrenamtlichen Helfer*innen des VCD aus städtischen Mitteln finanziert.

2. Der bisherige Betriebsansatz wird dahingehend geändert, dass die Räder nicht mehr in den Besitz des VCD übergehen, sondern die Stadt Eigentümerin bleibt. Mit dem oder den Unternehmen, von dem/denen die Räder angeschafft werden, wird ein mobiler Service für die jährliche Werkstattwartung und alle anfallenden Reparaturen vertraglich vereinbart. Beim VCD und den ehrenamtlichen Helfer*innen verbleiben die Aufgaben, die Räder regelmäßig auf Fahrtauglichkeit zu kontrollieren und die Buchungssoftware einschließlich des Managements der Buchungen zu betreuen.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Begründung:

Das Projekt Main-Lastenrad ging im Jahr 2017 aus dem Ideenwettbewerb Klimaschutz des Energiereferats hervor. Das ausgelobte Preisgeld hat damals den Grundstein für die Umsetzung des Projekts gelegt, so dass im Jahr 2018 die ersten drei Lastenräder in Frankfurt kostenlos ausgeliehen werden konnten. Bis auf den heutigen Tag werden die Lastenräder in Frankfurt gut angenommen. Der Verleih ist so stark ausgelastet, dass die drei anfänglich angeschafften Räder spätestens im Jahr 2023 erneuerungsbedürftig sind, weil die häufige Nutzung sie verschleißt.

Main-Lastenrad ist ein ehrenamtliches Angebot und die Lastenräder werden bisher über Spenden und Wartungspatenschaften in Schuss gehalten. Auch für die Ausleihstationen müssen geeignete Örtlichkeiten und bereitwillige Unterstützer*innen gefunden werden.

Durch Spenden von Privatleuten und Unternehmen sind in den vergangenen Jahren weitere Lastenräder und Ausleihstationen hinzugekommen, die sich über das Stadtgebiet verteilen, aber nicht alle Ortsbeiratsbezirke abdecken. Das Angebot hat sich auch auf die Nachbarstadt Offenbach übertragen, wo das städtische Amt für Umwelt, Energie und Klimaschutz E-Lastenräder zur Verfügung stellt, deren Wartung übernimmt und den ehrenamtlichen Helfer*innen für die regelmäßige Kontrolle der Räder eine Service-Pauschale zahlt.

Damit das Angebot in Frankfurt auf die gesamte Stadt ausgeweitet werden kann, muss die Stadt Frankfurt neben der Anschaffung weiterer Lastenräder auch den laufenden Betrieb finanzieren, wie es das Beispiel Offenbach vormacht.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Barrierefreien Ausbau des ÖPNV beschleunigen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 werden die zusätzlich erforderlichen Personalstellen und Finanzmittel eingestellt, die zur schnellstmöglichen Planung und Umsetzung des barrierefreien Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere der Straßenbahnhaltestellen und Bushaltepositionen, nötig sind, damit die gemäß dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) seit dem 1. Januar 2022 überfällige völlige Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr Frankfurts erreicht wird.

Begründung:

Das Ziel der vollständigen Barrierefreiheit bis 1. Januar 2022 konnte in Frankfurt aufgrund fehlenden Personals und fehlender Finanzmittel nicht erreicht werden. Obwohl Bundesmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) langjährig gesichert sind, durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) Mittel vom Land zur Verfügung stehen und durch die Stellplatzablöse Einnahmen der Stadt explizit für „investive Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs“ vorgesehen sind, geht der barrierefreie Ausbau des ÖPNV in Frankfurt viel zu langsam voran.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon** **(069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Immer noch fahren Straßenbahnen mit Einstiegsstufen durch die Stadt. Von den insgesamt 139 Tramhaltestellen sollten 90 bis Anfang 2022 barrierefrei ausgebaut sein. Davon ist die Stadt weit entfernt. Bei den Bushaltestellen steht immer noch rund der Hälfte der Haltepositionen der barrierefreie Umbau bevor. Zuletzt hieß es, dass noch rund 590 von den insgesamt rund 1350 Haltestellen die barrierefreie Gestaltung bevorstünde, das entspricht etwa 44 Prozent.

Problematisch ist auch das Vorgehen des zuständigen Amts für Straßenbau und Erschließung, das Haltestellen nicht entsprechend der Prioritätenliste umbaut, sondern zunächst eher die leicht umzubauenden Haltestellen bearbeitet, die gerade nicht in den wichtigen Problemzonen mit Haltestellen mitten auf der Straße wie entlang der Mainzer oder der Friedberger Landstraße liegen. An diesen Haltestellen sind alle Fahrgäste dem Fließverkehr ausgesetzt.

Um die eindeutige Zielvorgabe des PBefG herzustellen, ist die personelle und finanzielle Planung so zu verändern, dass das Ziel der vollständigen Barrierefreiheit schnellstmöglich erreicht wird.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Kinder kostenlos mitnehmen!

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 werden die notwendigen Mittel eingestellt, damit Kinder bis zu einem Alter von einschließlich 14 Jahren in den Tarifgebieten 5000 und 5090 kostenlos fahren, sofern sie von einer Person mit gültiger Fahrkarte begleitet werden.

Begründung:

Die Preise im Frankfurter Nahverkehr sind zu teuer. In den letzten Jahren sind zwar immer wieder Vergünstigungen und individuelle Kostenbefreiungen für einzelne Nutzer*innen-gruppen erreicht worden. Allerdings wird immer wieder deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt. Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Mittelfristig muss daher der Nulltarif eingeführt werden. Kurzfristig aber müssen den Tarifen die Preisspitzen genommen und weitere Nutzer*innengruppen von den individuell zu tragenden Kosten befreit werden. Ein solcher Schritt ist die unentgeltliche Beförderung von Kindern bis 14 Jahren in Begleitung einer Person mit gültiger Fahrkarte.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

(E-)Lastenradförderung erweitern

Produktbereich:	16	Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe:	16.10	traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat erhöht im Haushalt 2022 ff. die jährlichen Mittel für die (E-)Lastenradförderung auf 400.000 Euro, davon 300.000 Euro für private Antragsteller*innen. Die Förderbedingungen werden so erweitert, dass antragsstellende Frankfurt-Pass-Inhaber*innen bzw. Förderberechtigte sowie Personen, die kein Auto haben oder mit der Anschaffung eines Lastenrads nachweislich auf ein Auto verzichten, prioritär gefördert werden.

Begründung:

Nachdem der Fördertopf für private Antragsteller*innen im ersten Jahr der Lastenradförderung 2021 nach nur wenigen Tagen aufgebraucht war, hat es in diesem Jahr nur wenige Stunden gebraucht. Angesichts der großen Zahl von Anträgen, die deswegen auf der Warteliste gelandet sind, hat der Magistrat die Fördermittel für das Jahr 2023 vorgezogen. Allerdings wurde nicht erklärt, wie es 2023 mit der Lastenradförderung weitergehen soll.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Der Wunsch, in der Stadt auf das Auto zu verzichten, scheint ungebrochen hoch zu sein. Dem muss mit einem Aufwuchs der Fördermittel entsprochen werden.

Allerdings ist durch die aktuellen Förderbedingungen keinesfalls ausgemacht, dass das von der Stadt intendierte Ziel, mehr Bürger*innen zum Verzicht auf das Auto zu bewegen, durch die Lastenradförderung erreicht wird. Es ist vielmehr anzunehmen, dass sich Menschen ein Lastenrad zusätzlich zum privaten Pkw zulegen. Dies muss in Zukunft ausgeschlossen sein. Auch muss sichergestellt werden, dass Antragsstellende, die aufgrund ihrer Einkommenssituation auf die Förderung stärker angewiesen sind als andere, bevorzugt berücksichtigt werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Machbarkeitsstudie über den Nulltarif

Produktbereich: **16** Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: **16.11** Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden die erforderlichen Mittel eingestellt, um eine ausführliche Machbarkeitsstudie zur Einführung eines benutzungsunabhängig finanzierten öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im RMV-Tarifgebiet 5000/5090 in Auftrag zu geben.

Die Machbarkeitsstudie betrachtet:

1. Aspekte der praktischen Umsetzung eines benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNVs und stellt hierbei auch die Frage in den Mittelpunkt, welche (positiven und negativen) Anreize als flankierende Maßnahmen nötig wären, um eine möglichst effektive Verlagerung des Verkehrsaufkommens vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den ÖPNV zu bewirken.

2. die Mindereinnahmen.

3. die durch Strecken- und Qualitätsausbau und weitere Investitionen entstehenden Kosten.

4. die zu erwartenden Einsparungen im Bereich der Betriebskosten.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon** **(069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

5. unter anderem folgende (Re-)Finanzierungsideen:

   - die Etablierung eines Erschließungstatbestandes ÖPNV analog zur Finanzierungsregelung bei Straßenerschließungen,

   - die Einrichtung einer kommunalen Infrastrukturabgabe nach § 11 Kommunalabgabengesetz, bei der die Anbindung an das Streckennetz des ÖPNV Berücksichtigung findet,

   - die Einführung einer Nahverkehrsabgabe als Unternehmenspauschalabgabe, z.B. wie die in Frankreich übliche Transportsteuer *taxe versement transport*[1], jedoch gekoppelt an die Wertschöpfung (Messbetrag: Gewerbesteuer),

   - die Einführung einer Nahverkehrsabgabe in Form einer Pauschale (kommunale Aufwandssteuer) pro Bett und Übernachtung für Gäste von Beherbergungsbetrieben gemäß § 7 Abs. 2 Gesetz über kommunale Abgaben (KAG),

   - Einnahmesteigerungen durch eine veränderte Parkraumbewirtschaftung,

   - Einsparpotenziale im Unterhalt von Straßen und Parkplätzen durch Rückbau von Überkapazitäten, die durch den Umstieg auf den ÖPNV entstehen.

Begründung:

Die Frage sozialer, kultureller und politischer Teilhabe ist eine des Geldbeutels. Hohe Fahrpreise stellen dabei eine deutliche Einschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben dar. Dabei ist Mobilität ein Grundrecht und kein Luxusgut!

Ein benutzungsunabhängig finanzierter ÖPNV verbindet Klimaschutz mit Teilhabegerechtigkeit. Er wirkt gegen die soziale Ausgrenzung an den Rand gedrängter Gruppen im Sinne eines nachhaltigen sozial-ökologischen Stadtumbaus. Über die direkten Auswirkungen auf die Teilhabe hinaus reduziert ein benutzungsunabhängig finanzierter Nahverkehr die Zahl des motorisierten Individualverkehrs – also der Autos – in der Stadt und ist daher für alle Frankfurter*innen von Nutzen; auch für diejenigen, die nicht auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen.

---

[1] Die *taxe versement transport* ist eine in Frankreich übliche kommunale Transportsteuer für die Bereitstellung des ÖPNV. Die Pauschale wird auf die Bruttolohnmasse angewandt und kann entsprechend der Einwohner*innenzahl einer Kommune bis zu 2,6 Prozent der Bruttoarbeitsentgelte betragen.

Die Luftqualität würde verbessert, die Lärmbelastung reduziert. Vor allem für diejenigen Frankfurter*innen, die an den Einfallstraßen und Pendlerrouten wohnen, wäre weniger motorisierter Individualverkehr eine große Entlastung.

Innerhalb des Stadtgebietes würden durch den Rückgang des MIV in allen Stadtteilen Flächen frei, die bebaut, bewohnt, bewirtschaftet und bespielt werden könnten. Und noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren sprechen für die Einführung eines benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV, weil sie innerhalb der Kommune volkswirtschaftliche Rendite generieren - so hat der benutzungsunabhängig finanzierte ÖPNV dort, wo er bisher eingeführt wurde, zu einem Anstieg der Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Innenstädten und weiteren zentralen Orten der Städte geführt.

In der Regel profitiert außerdem der Fremdenverkehr massiv vom benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV als Werbeargument. In Frankfurt, das nicht nur Touristik-, sondern auch Messestadt ist, wäre dies in vielfach potenzierter Form zu erwarten. Auch für Unternehmen kann der benutzungsunabhängig finanzierte ÖPNV ein Standortfaktor sein und als Argument bei der Werbung von Fachkräften dienen.

Die Einführung des benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV müsste als eine generelle Stärkung der ÖPNV-Infrastruktur gedacht werden, deren Umfang und Kosten in der Machbarkeitsstudie explizit dargelegt werden. Zu nennen sind positive Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV wie bspw. eine verbesserte Taktung, Strecken- und Haltestellenausbau sowie flankierende Maßnahmen wie Ausbau von Park + Ride-Angeboten, Rufbussystemen, Carsharing und Taxiservice, Ampelvorrangschaltungen, Sonderfahrstreifen, ein verbessertes Qualitätsmanagement, mehr Komfort, Ausbau der Fuß- und Radwege. Aber auch negative Anreize wie bspw. eine veränderte Parkraumbewirtschaftung, (Durch-)Fahrverbote und verlängerte Rotphasen für den MIV müssten in der Machbarkeitsstudie untersucht werden.

Das häufigste Argument gegen den benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV ist die Sorge, dass dieser aus dem bestehenden Etat bestritten werden und man deshalb Einsparungen in anderen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge in Kauf nehmen müsse. Das stimmt jedoch nur, wenn man sich nicht gleichzeitig Gedanken über die Steigerung kommunaler Erträge zur nutzungsunabhängigen Finanzierung des ÖPNV macht.

Heute schon wird der ÖPNV in Frankfurt fast zur Hälfte benutzungsunabhängig finanziert durch die Frankfurter Strom-, Gas- und Wasserkunden der Mainova, denn der Mainova-Gewinn deckt über den Stadtwerke-Verbund die Kosten der VGF. Zudem entstehen durch die Einführung eines benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV eine ganze Reihe von

Einsparungen, wie etwa der Wegfall der Kosten für Vertriebs- und Kontrollinfrastrukturen sowie durch den Rückgang der Belastung durch Straßennutzung. Durch weitere Maßnahmen können neue Einnahmen generiert werden. Hier bestehen Überlegungen verschiedener Art, bspw. zu einer Erschließungserhebung, einer Infrastrukturabgabe, einer Unternehmenspauschalabgabe, einer Nahverkehrsabgabe in Form einer Pauschale (kommunale Aufwandssteuer) pro Bett und Übernachtung für Gäste von Beherbergungsbetrieben, einer veränderten Parkraumbewirtschaftung sowie weiteren Maßnahmen.

Untersuchungen über Auswirkungen und Umsetzung eines benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV liegen vor, können jedoch – aufgrund der großen regionalen Unterschiede in Bezug auf die Verbundstrukturen, Finanzierungsgrundlagen und Verkehrssituationen – nur eingeschränkt übertragen werden.

Da die Einführung des benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV nicht kurzfristig machbar ist, gibt die Stadt noch 2022 eine ausführliche Machbarkeitsstudie in Auftrag, die die spezifischen Gegebenheiten von Frankfurt in vollem Umfang berücksichtigt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

ÖPNV umfassend ausbauen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es werden die notwendigen Mittel in den Haushalt 2022 und fortfolgende eingestellt, um:

- in Abstimmung mit den relevanten Stakeholdern zur Verwirklichung der Idee eines Schienenrings um Frankfurt die Planung für eine Ost- und eine Südtangente aufzunehmen;
- in Abstimmung mit den relevanten Stakeholdern die Schienenanbindung des dritten Terminals am Frankfurter Flughafen zu planen;
- im Einvernehmen mit den tangierten Nachbargemeinden bestehende, ggf. auch neue Stadt- und Straßenbahnlinien nach Bad Vilbel, Offenbach, Bad Homburg Bahnhof, über die Heerstraße nach Steinbach und über Neu-Isenburg nach Dreieich zu planen und umzusetzen;
- die Erweiterung, ggf. auch Neuanlage innerstädtischer Stadt- und Straßenbahnlinien ins Gutleutviertel, auf den Sachsenhäuser Berg, zum Bahnhof Höchst, zum Römerhof, auf den Frankfurter Berg, nach Seckbach/Bergen und in die Leuchte/Riedbad zu planen und umzusetzen;
- die Tram am Hauptbahnhof 4-gleisig auszubauen und dort eine neue Linie über den Reuterweg an die Goethe-Universität zu planen und umzusetzen;

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

- den U4-Lückenschluss und die Straba-Ringlinie schnellstmöglich zu realisieren;
- zu prüfen, wo städtische Buslinien, auch als On-Demand-Angebote neu- oder ausgebaut werden müssen und dies umzusetzen;
- zusammen mit dem RMV die Erweiterung des Express-Busnetz von und nach Frankfurt zu planen.
- zu prüfen, an welchen Bahnstationen, Tunneln und Treppenaufgängen der gesamtstädtischen ÖPNV-Infrastruktur eine Grunderneuerung erfolgen muss, diese zu planen und umzusetzen.

Begründung:

Der ÖPNV platzt aus allen Nähten und muss zügig ausgebaut werden. Die verkehrspolitischen Herausforderungen angesichts des Klimawandels und der Stickoxid- und Feinstaubbelastung in einer kompakten Stadt wie Frankfurt verlangen nach einer veränderten Priorisierung weg vom Auto hin zum ÖPNV. Aktuelle Planungen im ÖPNV wie der Nahverkehrsplan 2025+ betrachten den Zeithorizont bis 2030 und sind von der gesellschaftlichen Realität eigentlich schon wieder überholt. Es ist jetzt an der Zeit in die Planungen für die Zeit bis 2050 einzusteigen. Die Mittel des Gemeindeverkehrs-finanzierungsgesetzes (GVFG) sind zuletzt verdoppelt worden, ab 2025 werden sie auf zwei Milliarden Euro angehoben. Auch eine Steigerung der Regionalisierungsmittel um jährlich 1,8 Prozent wurde beschlossen. Diese Finanzierungsmittel stehen sowohl für den Neu- und Ausbau des öffentlichen Verkehrs als auch für die Grunderneuerung von U-Bahnhöfen, Treppenaufgängen oder Tunneln zur Verfügung.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Straßburger Modell: Park+Ride-Anlagen aus- und neubauen

Produktbereich: **16** Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: **16.11** Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 werden Mittel für aus- und neuzubauende Park+Ride-Anlagen in den Außenbezirken der Stadt mit direkter Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr eingestellt. Darüber hinaus werden die erforderlichen Mittel eingestellt, damit Parkscheine für Park+Ride-Anlagen zugleich als Gruppentageskarte für den ÖPNV im Tarifgebiet 5000/5090 genutzt werden können.

Begründung:

In Frankfurt trägt der Verkehrsbereich in unverändert hoher Weise zu den lokalen CO2-Emmissionen bei. Die Stickoxid- und vereinzelt auch die Feinstaubbelastung durch den Verkehr in Frankfurt haben in Vor-Corona-Zeiten die Grenzwerte der betreffenden EU-Richtlinien regelmäßig, teils deutlich überschritten und beeinträchtigen die Gesundheit der Bewohner*innen erheblich.

Um den Verkehr nachhaltiger zu gestalten wird das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV, privatgenutzte Kraftfahrzeuge) auch für Einpendler*innen verstärkt.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

An mehreren Standorten in unmittelbarer Nähe zu ÖPNV-Haltestellen wird der Aus- und Neubau von Park+Ride-Anlagen beschleunigt geplant und umgesetzt. Ziel ist, dass die Strecken, die beim Pendeln mit dem MIV zurückgelegt werden, möglichst kurz werden und dass der ÖPNV für das Pendeln nach und aus Frankfurt an Bedeutung gewinnt.

Zugleich baut die Stadt in Kooperation mit dem RMV das ÖPNV-Tarifangebot aus, in dem die Park+Ride-Parkscheine zu Gruppentageskarten aufgewertet werden. Im benachbarten Straßburg beispielsweise gilt das Prinzip: Park+Ride-Parkschein ist gleich Gruppenfahrschein. Ein Tagesparkschein kostet dort gerade mal 4,20 Euro und bis zu 7 Personen dürfen in dieser Zeit innerhalb der Stadtgrenzen mit dem ÖPNV weiterfahren. Das Parken innerhalb der Stadt wurde dort zugleich erheblich verteuert, mit starker Lenkungswirkung hin zu den insgesamt 11 Park+Ride-Anlagen rings um Straßburg, die durch ein umfassend ausgebautes und gut funktionierendes System von Bahnen und Bussen an die City angeschlossen sind.

Mit ihrem 100-prozentigen Tochterunternehmen, der Parkhaus-Betriebs-GmbH, hat die Stadt Frankfurt die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit dem RMV und der VGF die nötige Technik für die Park+Ride-Anlagen bereitzustellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:	

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Busnahverkehr rekommunalisieren

Produktbereich:	16	Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe:	16.10	traffiQ (Treuhandbereich)
Produktbereich:	98	Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:		

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 werden ausreichend Mittel für die Rekommunalisierung zuvor privatisierter Bereiche des öffentlichen Busverkehrs eingestellt.

Begründung:

Der Busnahverkehr kehrt in die kommunale Hand zurück, um die Mobilität aller Frankfurter*innen dauerhaft zu sichern, denn Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht rein profitorientierter Marktlogik unterworfen werden.

Rekommunalisierung bedeutet, dass die Daseinsvorsorge wieder vollumfänglich von der öffentlichen Hand sichergestellt wird, in diesem Fall die Buslinienbündel wieder ausschließlich von einer städtischen Einrichtung betrieben werden. Davon profitiert die kommunale Politik durch direkten Einfluss auf Preis und Qualität.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Rechtlich ist eine Rekommunalisierung des Busnahverkehrs möglich: Gemäß der am 03.12.2009 in Kraft getretenen EU-Verordnung 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße kann die zuständige Behörde beschließen, öffentliche Dienstleistungsaufträge über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten an eine von ihr kontrollierte Einheit zu vergeben.

Die Ausschreibung eines Teils der Busverkehre, der sogenannte Frankfurter Weg, der nichts anderes als Ausdruck der umfänglichen Privatisierungswellen der vergangenen Jahrzehnte ist, hat gezeigt, dass die Versorgung durch private Anbieter im Busverkehr eine Verschlechterung für die Belegschaften und die Nutzer*innen darstellt. Mitarbeiter*innen mussten schlechtere Tarifbedingungen hinnehmen. Fahrgäste hingegen klagen immer wieder über mangelnde Streckenkenntnis der oft kurzfristig eingesetzten Fahrer*innen und schlechte Servicequalität. Auch der Zustand der Busflotten, die von den verschiedenen Betreibern in Frankfurt eingesetzt werden, ist von sehr unterschiedlicher Qualität.

Der Betrieb aller Linienbündel durch einen einzigen städtischen Eigenbetrieb könnte den verkehrssicheren Zustand der Busse, die (behindertengerechte) Ausstattung, gesetzeskonforme Abgasnormen und die Steigerung des Anteils emissionsfreier Fahrzeuge an der Gesamtflotte wesentlich einfacher und besser sicherstellen als die aktuell zersplitterte Betreibervielfalt. Darüber hinaus werden durch einen Eigenbetrieb langfristig auch Skaleneffekte beispielsweise bei der Beschaffung erzielt und vorhandene Wissensbestände für den öffentlichen Personennahverkehr gesichert.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Kostenloses Schüler*innenticket

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 werden die notwendigen Mittel eingestellt, um allen Schüler*innen und Auszubildenden in Frankfurt die kostenfreie Nutzung des in ganz Hessen gültigen Schüler*innentickets für den ÖPNV zu ermöglichen.

Begründung:

Die Preise im öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind zu teuer. In den letzten Jahren sind zwar immer wieder Vergünstigungen und individuelle Kostenbefreiungen für einzelne Nutzer*innengruppen erreicht worden. Allerdings wird immer wieder deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des ÖPNV, das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt. Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Mittelfristig muss daher der Nulltarif eingeführt werden. Kurzfristig aber müssen den Tarifen die Preisspitzen genommen und weitere Nutzer*innengruppen von den individuell zu tragenden Kosten befreit werden. Ein solcher Schritt ist die unentgeltliche Beförderung von Schüler*innen und Auszubildenden.

Bisweilen können Schüler*innen beim Schulwegkostenträger einen Antrag auf Erstattung der Fahrtkosten stellen, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen, gemäß besonderer Regelungen und einer für die verschiedenen Schulformen festgelegten Anspruchsdauer. Das ist ungerecht. Der Anspruch auf einen Nulltarif im hessischen ÖPNV muss für alle Schüler*innen und Auszubildende gleichermaßen gelten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

In Zukunft Nulltarif, 365-Euro-Ticket jetzt

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Haushalt 2022 werden Mittel eingestellt, damit in den Tarifgebieten 5000 und 5090 mit dem nächsten Fahrplanwechsel ein 365-Euro-Jahresticket angeboten wird, dass jederzeit kündbar auch im Monatsabonnement zu erhalten ist, die Mitnahmeregelung enthält und ohne zeitliche Nutzungseinschränkung gültig ist.

2. Im Haushalt 2022 werden Mittel eingestellt, damit für das Tarifgebiet 5000/5090 an allen Fahrscheinautomaten preislich entsprechend reduzierte Einzel- und Zeitkarten angeboten werden.

Begründung:

Die Preise im Frankfurter Nahverkehr sind zu teuer und nach wenigen Jahren der Preisstabilität, in denen auch Vergünstigungen für einzelne Nutzer*innengruppen erreicht wurden, wieder im Steigen begriffen. Der Preis-Bumerang macht deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

Der ÖPNV ist eine öffentliche Aufgabe und Teil der Grundversorgung. Eine Grundversorgung muss zu einem erschwinglichen Preis angeboten werden. Soziale Teilhabe wird nur erreicht, wenn alle den ÖPNV nutzen können. Das ist im Moment nicht der Fall. Mittelfristig muss daher der Nulltarif eingeführt werden. Kurzfristig aber müssen den Tarifen die Preisspitzen genommen werden. Ein solcher Schritt ist die Einführung eines 365-Jahres-Tickets und die preislich entsprechende Reduzierung der Einzel- und Zeitkarten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Nahmobilität im Alter gewährleisten: ÖPNV-Zuschuss für Senior*innen-Tickets

Produktbereich:	16	Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe:	16.10	traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden Mittel eingestellt, damit in den Tarifgebieten 5000 und 5090 mit dem nächsten Fahrplanwechsel an allen Fahrscheinautomaten und über alle sonstigen Vertriebswege deutlich ermäßigte Kurz-, Einzel-, Tages-, Wochen- und Monatsfahrscheine für Senior*innen angeboten werden.

Begründung:

Die Preise im Frankfurter Nahverkehr sind zu teuer und nach wenigen Jahren der Preisstabilität, in denen auch Vergünstigungen für einzelne Nutzer*innengruppen erreicht wurden, wieder im Steigen begriffen. Der Preis-Bumerang macht deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt.

Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Mittelfristig muss der Nulltarif eingeführt werden. Kurzfristig aber muss den Tarifen die Preisspitzen genommen werden. Ein solcher Schritt ist die Vergünstigung der Tickets für Senior*innen.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird gerade von Senior*innen oft genutzt und stellt für sie ein zentrales Mittel der Fortbewegung im Alltag dar. Dabei legen sie auch kurze Strecken mit Bus und Bahn zurück oder fahren vielleicht nur wenige Male pro Woche zu regelmäßigen Terminen. Mit dem Seniorenticket Hessen gibt es im Monatsabonnement oder als Jahreskarte ein vergünstigtes Angebot. Es fehlen aber ermäßigte Kurz-, Einzel-, Tages- oder Wochenkarten und es sollte auch frei von einem Abonnement die Möglichkeit geben, zu einem selbstgewählten Zeitpunkt einzelne Monatskarten zu erstehen.

Eine deutliche Ermäßigung auf alle Kartenarten ist dringend notwendig und darf nicht mit Abstrichen bei der Nutzungsverfügbarkeit einhergehen. Diese müssen auch dezentral direkt an den Fahrscheinautomaten verfügbar sein. Mit einem leicht verständlichen Bedienelement wird die Mobilität vieler über 65-Jähriger gesichert – das waren zuletzt 15,7 Prozent der Stadtbevölkerung oder in absoluten Zahlen rund 120.000 Menschen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

ÖPNV sozialer gestalten

Produktbereich:	16	Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe:	16.10	traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden Mittel eingestellt, um den ÖPNV-Zuschuss für den Frankfurt-Pass, also die Ausgleichszahlungen an den RMV, so anzuheben, dass die Inhaber*innen des Frankfurt-Passes den ÖPNV in den Tarifgebieten 5000 und 5090 zum Nulltarif, also mit Nachweis des Frankfurt-Passes kostenlos, nutzen können.

Begründung:

Die Preise im Frankfurter Nahverkehr sind zu teuer und nach wenigen Jahren der Preisstabilität, in denen auch Vergünstigungen für einzelne Nutzer*innengruppen erreicht wurden, wieder im Steigen begriffen. Der Preis-Bumerang macht deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt. Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Mittelfristig muss der Nulltarif für alle eingeführt werden. Kurzfristig sind erste Nutzer*innengruppen in den Nulltarif zu überführen, angefangen bei der Gruppe von Frankfurter*innen, für die der ÖPNV als öffentliche Infrastruktur ein zentrales Mittel zur Verwirklichung ihrer sozialen Rechte darstellt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Fußverkehrsbeauftragte*r

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 fortfolgende werden die notwendigen Mittel und Personalressourcen eingestellt, um analog zum Radfahrbüro eine Ansprech- und Kompetenzstelle für den Fußverkehr zu schaffen.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag der aktuellen Stadtregierung wird die Schaffung einer Ansprech- und Kompetenzstelle für den Fußverkehr angekündigt und ein Fußverkehrskonzept zur barrierefreien Gestaltung der Fußwege in Aussicht gestellt. Im Haushaltsentwurf 2022 ist kein entsprechender Haushaltstitel zu finden. Dabei ist gerade die mangelnde Sicherheit und fehlende Barrierefreiheit im Fußverkehr in Frankfurt eine riesige Herausforderung. Zu nennen sind hier das überall in den Wohnquartieren anzutreffende illegale aber geduldete „aufgesetzte Parken“ auf Gehwegen, u.U. gefährliche nachträgliche Aufbauten wie Fahrradgaragen oder -bügel und unzureichende und fehlerhafte taktile, visuelle und akustische Leitsysteme. Die Einrichtung eines Fußverkehrsbüros kann nicht weiter aufgeschoben werden.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:	

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Autokorrektur: Mehr Lebensqualität in den Stadtteilen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 fortfolgende wird ein Haushaltstitel “Befreiung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr (Autokorrektur)” eingeführt, der Mittel und Personalressourcen vorhält, um in den Stadtteilen geeignete Straßen zugunsten des Umweltverbunds aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr und zulasten des Autoverkehrs flächengerechter umzugestalten.

Begründung:

Die Römerkoalition will in den Sommermonaten 15 Nachbarschaftsstraßen Sonntagsnachmittags temporär für den Autoverkehr sperren. Von der Idee der autofreien Innenstadt und verkehrsärmerer Stadtteile scheint sie sich verabschiedet zu haben. Zumindest im Haushaltsentwurf ist davon an keiner Stelle zu lesen. In der Praxis wird Initiativen, die sich für autofreie Einkaufsstraßen, Verkehrsberuhigung, (temporäre) Spiel- und Fahrradstraßen einsetzen, schon lange und immer wieder der Wind aus den Segeln genommen. Einmal fehlt es an Geld, dann an der Priorität und wenn kein anderes Argument mehr bei der Hand ist, wird auf den ominösen Parkdruck verwiesen, weswegen beispielsweise eine Reduzierung von Autostellplätzen keinesfalls in Frage kommen kann.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Dabei geht es de facto oftmals nur um einige Schilder und Schranken, Poller oder abgesenkte Bordsteine. Erst gerade wurde der Initiative für die bestehende temporäre Spielstraße in der Heidestraße die Mittel gekürzt. Geld gibt es auch keines für die Planung und den Umbau von Straßen zu verkehrsberuhigten Zonen oder Fahrradstraßen am Heideplatz, in der Schleiermacher- und der Schopenhauerstraße. Und auch die zahlreichen Ortsbeiratsinitiativen für eine autofreie Berger Straße oder die autofreie Leipziger Straße werden immer wieder ausgebremst.

Wegen der Klimaproblematik und für die Lebensqualität der Menschen in den Stadtteilen braucht es eine deutliche Vermehrung verkehrsberuhigter bis autobefreiter Kernbereiche in den Quartierszentren. Fußgängerzonen müssen ausgeweitet, Parkplätze reduziert und schrittweise weitere Straßen für den Fuß- und Radverkehr und für die Freizeitnutzung umgewidmet werden. Freiwerdende Flächen können mit Erholungsräumen und Grünflächen attraktiv gestaltet werden. Ausnahmen soll es für Anwohner*innen- und Lieferverkehr sowie für Behörden- und Rettungsfahrzeuge, Handwerker*innen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen geben.

All das muss gemeinsam mit den Menschen vor Ort geplant und umgesetzt werden. Daher braucht es einen Haushaltstitel, der die bestehenden und neuen Verkehrswende-Initiativen bei der Befreiung und Umverteilung des öffentlichen Raums und der Umwidmung von Straßen finanziell unterstützt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

ABG Holding: Investieren statt städtischen Haushalt füllen

Produktbereich: 17 Wohnen
Produktgruppe: 17.01 Wohnen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Überschüsse der ABG Frankfurt Holding werden nicht an den städtischen Haushalt ausgeschüttet, sondern für den Bau von geförderten Mietwohnungen verwendet. Mindestens die Hälfte der Wohnungen entsteht im ersten Förderweg. Die Mietpreise werden dauerhaft auf dem Niveau des jeweiligen Förderprogramms erhalten.

Begründung:

In Frankfurt fehlt bezahlbarer Wohnraum. Die ABG Frankfurt Holding will laut Finanzplan bis 2023 jedes Jahr mehr als 8,311 Millionen Euro an die Stadt überweisen. Tatsächlich steht diese Praxis insgesamt, sowie Rücklagenbildung in dreistelliger Millionenhöhe und hohe Gewinne zu erwirtschaften, mit den Zielen der ABG in Konflikt.

Als stadteigene Wohnungsgesellschaft sollte die ABG – statt der Gewinnerwirtschaftung und -ausschüttung – neue Wohnungen mit bezahlbaren Mieten bauen und die Mieten in ihren bestehenden Wohnungen senken. Dies fordert auch das Bürger*innenbegehren Mietentscheid Frankfurt, für das bis Januar 2018 insgesamt 25.000 Frankfurter*innen unterschrieben haben und dessen Durchführung als Bürger*innenentscheid der Magistrat seitdem verzögert.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Allein auf der Warteliste für Sozialwohnungen des Amtes für Wohnungswesen stehen laut Tätigkeitsbericht 8.973 Haushalte (Zahl vom 31.12.2020).

Um diese Personen mit Wohnungen zu versorgen, muss die ABG in Zukunft dringend mehr Sozialwohnungen bauen, die dauerhaft zu einem Mietpreis von 5 bis maximal 6,50 Euro pro Quadratmeter vermietet werden. So ist es im sozialen Wohnungsbau im ersten Förderweg der Stadt Frankfurt üblich.

Die geschaffenen Wohnungen stehen dauerhaft für Mieten deutlich unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zur Verfügung. Ein langfristiger Effekt der Förderung wird durch eine unbefristete Dauer der Mietpreisbindung sichergestellt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Maximal ein Drittel des Einkommens für Miete – Mietzuzahlung einführen

Produktbereich: 17 Wohnen
Produktgruppe: 17.01 Wohnen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Haushalt 2022 werden Mittel für Zuschüsse eingestellt, die an Bewohner*innen von geförderten Wohnungen ausgezahlt werden, sofern diese mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete aufwenden.

2. Beim Amt für Wohnungswesen werden entsprechend Stellen geschaffen, um die Verwaltung der Mietzuzahlung zu ermöglichen.

Begründung:

Mietzuzahlungen gewährleisten, dass sich Mieter*innen von geförderten Wohnungen die Miete tatsächlich leisten können. In Graz wird dies unter dem Namen Mietzinszuzahlungen seit mehr als 20 Jahren erfolgreich umgesetzt. Knapp die Hälfte der Frankfurter Haushalte muss 30 Prozent oder mehr des Bruttoeinkommens für die Miete aufbringen (vgl. Forschungsförderung Working Paper Hans-Böckler-Stiftung 2021). Lohnanstiege konnten in den letzten Jahren nicht mit dem Anstieg der Wohnkosten Schritt halten (vgl. Immoconcept Wohnungsmarkt Studie 2020). Besonders für Senior*innen, Studierende

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

und Familien mit Migrationshintergrund ist die Mietbelastung in Frankfurt oft zu hoch (vgl. Integrations- und Diversitätsmonitoring 2017).

Zuzahlungen, auch schon in relativ geringen Höhen, machen einen deutlichen Unterschied in der Lebensrealität der Bewohner*innen. Mietbelastungen von mehr als einem Drittel des Einkommens werden als nicht leistbar angesehen.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Pandemiefolgenfonds

Produktbereich:	18	Soziales
Produktgruppe:	18.01	Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 wird ein Pandemiefolgenfonds in Höhe von zehn Millionen Euro eingestellt, um den sozialen und psychischen Folgen der Corona-Pandemie für die Menschen in Frankfurt zu begegnen. Mit dem Fonds soll sichergestellt werden, dass die Corona-Folgen nicht zu einer sozialen Krise werden. Die Gelder aus dem Fonds sollen schnell das soziale Netz in Frankfurt stärken und unbürokratisch von Vereinen und Trägern für entsprechende Projekte und Vorhaben beantragt werden können.

Begründung:

Die sozialen und psychischen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind für Kinder und Jugendliche, Senior*innen und viele Arbeitnehmer*innen in ihrem tatsächlichen Ausmaß noch nicht absehbar. Die Corona-Folgen dürfen jedoch nicht zu einer sozialen Krise werden. Denn schon jetzt hat die Corona-Pandemie zum Beispiel für viele Kinder und Jugendliche schwerwiegende Nachwirkungen. Sie haben Lernrückstände, kämpfen mit körperlichen Konsequenzen wie Übergewicht und motorischen Störungen durch Bewegungsmangel, leiden unter den sozialen Folgen wie fehlender zwischenmenschlicher Beziehungen und Erfahrungen bis hin zu psychischen Folgen wie Vereinsamung, Angststörungen, Depressionen oder gar Suizidgedanken. Aber auch Senior*innen und Arbeitnehmer*innen haben durch Isolation, Gehaltseinbußen oder Jobverlust unter der

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Pandemie gelitten, mit all den sozialen Implikationen bis hin zu psychischen Erkrankungen.

Mit einem Pandemiefolgenfonds können diese Auswirkungen ein Stück weit aufgefangen und so verhindert werden, dass sich diese zu einer sozialen Krise ausweiten. Dafür müssen die Gelder unbürokratisch und schnell bereitgestellt und abgerufen werden können.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Sanierung öffentlicher Spielplätze

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 ff. werden Mittel eingestellt, um die Instandsetzung und Sanierung der öffentlichen Spielplätze zu gewährleisten und diese für die Nutzung in den Sommermonaten mit ausreichendem Sonnenschutz zu versehen. Darüber hinaus sind bei Sanierungen die Bedürfnisse von beinträchtigten Kindern und Eltern im Sinne des Artikel 2 der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention mit zu berücksichtigen.

Begründung:

Schon im Sommer 2021 war der Jahresetat der Stadt für die Instandsetzung der öffentlichen Spielplätze ausgeschöpft. Dies hat zur Folge, dass stadtweit immer mehr Spielgeräte defekt sind und auch bleiben. Darüber hinaus fehlt auf vielen Spielplätzen im Stadtgebiet ein ausreichender Sonnenschutz. Für Kinder bedeutet dies eine Verletzungsgefahr durch heiße Rutschen, heißen Sand und gesundheitliche Beeinträchtigungen durch einen möglichen Sonnenstich oder Sonnenbrand. Unbrauchbare Geräte stellen mitunter eine Gefahr für die Kinder dar, auch weil die Absperrungen meist nur provisorisch aufgestellt werden und teils eine Benutzung nicht verhindern. Das macht Spielplätze unattraktiv oder sogar für Kinder

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

gefährlich. Diesen Zustand gilt es in einer Stadt, in der viele Bewohner*innen auf Spielplätze und Parks angewiesen sind, so schnell wie möglich zu beseitigen.

Öffentliche Spielplätze sind für viele Familien ein wichtiges kostenloses Freizeitangebot, auf denen Kinder ihrem Bewegungsbedürfnis nachgehen können. Auch haben Spielplätze als Treffpunkte eine enorme soziale Bedeutung für Kinder und Eltern, da hier der Austausch mit anderen Familien stattfindet. All das macht Spielplätze zu wichtigen sozialen Orten im Quartier.
Im Zuge der Sanierung von Spielplätzen sind darüber hinaus auch die Bedürfnisse von beeinträchtigten Kindern und Eltern (siehe Art 2. UN-Kinderrechtskonvention, UN-Behindertenrechtskonvention) mit zu berücksichtigen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Arbeitsbedingungen von Hebammen verbessern

Produktbereich:	18	Soziales
	19	Gesundheit
	98	Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:		

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 ff. werden ausreichende Mittel bereitgestellt und der Stellenplan entsprechend geändert, um folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Die Stadt Frankfurt schafft eigene Planstellen, um Hebammen fest anzustellen. Mit der Festanstellung gelten für die Hebammen u.a. Tariflöhne, geregelte Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub sowie ein kollektiver Versicherungsschutz. Zentral könnten diese „städtischen Hebammen“ an das Klinikum Frankfurt Höchst angegliedert werden.

2. Es wird eine zentrale Stelle eingerichtet, die Hebammen im Stadtgebiet vermittelt, Hebammen-Sprechstunden anbietet und erste Informationen und Ratschläge erteilt.

3. Die von der Stadt Frankfurt fest angestellten Hebammen bieten in den Stadtteilen Kurse wie Geburtsvorbereitung etc. an.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Begründung:

Auch in Frankfurt haben werdende Eltern große Probleme, für die Schwangerschafts-vorsorge, die Geburtshilfe und die Nachsorge nach der Geburt eine Hebamme oder einen Entbindungspfleger zu finden. Der Anspruch vor allem auf die nachgeburtliche häusliche Betreuung von bis zu 16 Hausbesuchen durch eine Hebamme kann oftmals nicht realisiert werden. Das zeigt eine Befragung durch das Projekt Babylotse an den drei Frankfurter Entbindungskliniken, dem Bürgerhospital, dem Klinikum Höchst und der Universitätsklinik Frankfurt. Dabei wurden zwei Befragungen aller Frauen nach der Entbindung durchgeführt. Zum einen während des Dezembers 2015 und zum anderen von 14.05.2016 bis zum 3.06.2016. Insgesamt wurden hierbei über 1000 Frauen befragt, mit dem Ergebnis, dass in beiden Befragungszeiträumen nur jeweils knapp über 50 Prozent der Frauen in Frankfurt und knapp 2/3 der Frauen im Umland eine Hebamme für die Wochenbettbetreuung haben. Der Grund ist, dass es zu wenige Hebammen gibt, besonders in Frankfurt. Laut Spitzenverband der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen (GKV) waren 2017 147 Hebammen mit Kassenzulassung in Frankfurt gemeldet. Geringe Einnahmen, hohe Haftpflichtprämien und Lebenshaltungskosten haben dazu geführt, dass viele den Beruf wieder aufgegeben oder von vornherein abgeschreckt werden, diesen zu ergreifen.

Zur Beseitigung der Unterversorgung durch Hebammen muss die Stadt selbst zur Arbeitgeberin werden. Durch die Festanstellung sorgt die Stadt für verbesserte Arbeitsbedingungen. Geregelte Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub sowie ein kollektiver Versicherungsschutz geben den Hebammen Sicherheit und machen den Beruf wieder attraktiv.
Eine gute Versorgung mit Hebammen gehört zur Grundversorgung der Bevölkerung.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Bibliotheken kostenfrei benutzen

Produktbereich: 18 Soziales
21 Kultur
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt verzichtet auf die Erhebung eines Jahresausleihentgelts für die Nutzung der Stadtbücherei. Im Haushalt 2022 werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um die Einnahmeausfälle auszugleichen.

Begründung:

Auch im digitalen Zeitalter sind Bibliotheken ein wichtiger Zugang zu Informationen, Bildung und Wissen. Vor allem aber sind es Orte für Menschen und ihre Begegnungen, nicht nur für Bücher. Von diesem Zugang darf niemand aufgrund der persönlichen finanziellen Situation ausgeschlossen werden. Tatsächlich sind viele von Armut betroffene Bürger*innen der Stadt Frankfurt nicht im Besitz des Frankfurt-Passes und deswegen von der Nutzung ausgeschlossen.

Mit dem Verzicht auf das Jahresausleihentgelt der Stadtbücherei wird diese Beschränkung beseitigt.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Boardinghouse schaffen

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um eine zentral gelegene kommunale Unterkunft, ein sog. „Boardinghouse“, für mobile Arbeitnehmer*innen aus dem EU-Ausland einzurichten, wie es auch der Koalitionsvertrag vorsieht. Das Konzept für die kommunale Unterkunft ist in Zusammenarbeit mit in diesem Bereich aktiven Initiativen zu erarbeiten.

Begründung:

In Frankfurt halten sich viele mobile Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Ländern auf. Sie verdienen ihr Geld als Tagelöhner oder sind anderweitig prekär beschäftigt. Oftmals sind ihre Arbeitsverhältnisse dadurch gekennzeichnet, dass sie sehr wenig Lohn erhalten oder dieser ihnen sogar vorenthalten wird, sie keinen Urlaub oder Krankengeld bekommen, keinen Versicherungsschutz besitzen und durch ihre Einkommenssituation in menschenunwürdigen Unterkünften wohnen oder obdachlos sind.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Durch das Fehlen einer festen Meldeadresse haben mobile Arbeitnehmer*innen kaum die Chance auf ein besseres Arbeitsverhältnis. Sie bleiben so oft dauerhaft Opfer skrupelloser und krimineller Arbeitgeber*innen. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Bedarfsanalyse über die Situation wohnungsloser EU-Zuwander*innen in Frankfurt.

Hier besteht dringend kommunaler Handlungsbedarf. In einem kommunalen Boardinghouse können die betroffenen Menschen niedrigschwellig und für einen geringen Betrag ein Zimmer mieten. Somit hätten sie eine Postadresse, die Möglichkeit, sich ordentlich zu versorgen, und wären nicht länger der Obdachlosigkeit oder ausbeuterischen Vermieter*innen ausgeliefert.

In Zusammenarbeit mit den in diesem Bereich bereits aktiven Initiativen könnten die mobilen Arbeitnehmer*innen im Boardinghouse arbeitsrechtlich beraten werden sowie Informationen bezüglich ihrer gesundheitlichen Versorgung erhalten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Frankfurt-Pass anpassen

Produktbereich: 18 Soziales

Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Einkommensgrenzen für den Erhalt des "Frankfurt-Passes" werden der Kosten- und Preisentwicklung angepasst. Die derzeitigen Einkommensgrenzen werden um 25 Prozent erhöht:

   - 1-Personenhaushalt von 976,00 Euro netto auf 1.220,00 Euro
   - 2-Personenhaushalt von 1.264,00 Euro netto auf 1.580,00 Euro
   - 3-Personenhaushalt von 1.550,00 Euro netto auf 1.937,50 Euro
   - 4-Personenhaushalt von 1.838,00 Euro netto auf 2.297,50 Euro
   - 5-Personenhaushalt von 2.126,00 Euro netto auf 2.657,50 Euro

   und erhöhen sich für jedes weitere Mitglied der Haushaltsgemeinschaft von derzeit 288,00 Euro auf 360,00 Euro netto. Der Frankfurt-Pass gilt für alle Leistungsberechtigten gleichermaßen für die Dauer von 12 Monaten. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

2. Die Ausweitung des Leistungsangebots - insbesondere die Erweiterung der Ermäßigung in den Bereichen:

    a. ÖPNV - Zeitkarten - Tarifzone 50 und
    b. Erweiterung der Ermäßigung für das Kursangebot der VHS

wird geprüft.

Begründung:

Der Frankfurt-Pass soll Frankfurter*innen mit niedrigem Einkommen die gesellschaftliche Teilhabe durch Vergünstigungen ermöglichen. Um dies zu gewährleisten, bedarf es einer Anpassung der Einkommensgrenzen, die zum Erhalt des Frankfurt-Passes berechtigen.

Laut der Analyse „Regionaler Armutsvergleich“ von 2017 des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln sind 23,6 Prozent der Frankfurter kaufkraftbereinigt von Einkommensarmut betroffen, d.h. also fast jede*r Vierte. Die preisangepasste Armutsschwelle liegt laut IW in Frankfurt bei 1.064 Euro und damit ganze 16 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

Eine Anhebung der Einkommensgrenzen um 25 Prozent trägt auch den gestiegenen Mieten, Energie- und Lebenshaltungskosten Rechnung. So beträgt bei Angebotsmieten die Durchschnittsmiete pro Quadratmeter in Frankfurt über 15 Euro. Bei der „Einkommensberechnung werden individuelle Belastungen wie z.B. Miete, Heizung, Kreditraten usw.“ laut Merkblatt zum Frankfurt-Pass jedoch nicht berücksichtigt. Bei einem Einkommen von 976 Euro bleibt demnach nicht viel übrig.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Programm „Aktive Nachbarschaft“ auf Jugendliche ausweiten

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 ff. werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um in allen Stadtteilen ein Jugendquartiersmanagement einzurichten. Jedes Jugendquartiersmanagement erhält ein eigenes Budget, über das es frei verfügen kann.
Das Jugendquartiersmanagement unterstützt die Jugendlichen bei deren Vorhaben finanziell und stellt ihnen nach Bedarf Räumlichkeiten zur Verfügung.

Begründung:

Partizipation ist eins der offiziellen Qualitätskriterien für die offene Kinder- und Jugendarbeit in Frankfurt am Main und bedarf daher besonderer Beachtung.
Die Europäische Studie „PARTISPACE: Orte und Stile von Partizipation. Formale, non-formale und informelle Möglichkeiten der Partizipation junger Menschen“, die neben sieben anderen Städten auch in Frankfurt durchgeführt wurde, kommt zum Ergebnis, dass die Stadt Frankfurt Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehr Räume zur Aneignung zur Verfügung stellen muss, die diese entsprechend ihrer jugendkulturellen Stile gestalten können.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Um dies zu ermöglichen, bedarf es eines Jugendquartiersmanagements. Während das „Frankfurter Programm - Aktive Nachbarschaft“ mit seinen Quartiersmanagements das Ziel hat, die Wohn- und Lebenssituation und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu verbessern, richtet sich das Jugendquartiersmanagement an die Jugend eines Stadtteils.

Ziel ist es, die Jugendlichen in ihrer Partizipation zu unterstützen. Partizipation bedeutet dabei mehr als die vorgegebenen institutionellen Formen oder Möglichkeiten, die ihnen Erwachsene zur Verfügung stellen. Vielmehr bedarf es einer Anerkennung jugendlicher Partizipationsversuche und Praktiken im öffentlichen Raum und den damit einhergehenden Konflikten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Senior*innenermäßigung für Rentner*innen in Frankfurt

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die nötigen Haushaltsmittel werden bereitgestellt, um eine Senior*innenermäßigung für Rentner*innen in Frankfurt zu finanzieren. Mit dem Rentennachweis soll eine Nutzung des RMV zum halben Fahrpreis bei Einzel- und Tagesfahrkarten und der Besuch von Palmengarten, Zoo, Schwimmbädern und den städtischen Museen zu halben Eintrittspreisen ermöglicht werden.

Begründung:

Bisher gibt es nur für Senior*innen die von Grundsicherung leben, die Möglichkeit den RMV vergünstigt zu nutzen und kulturelle Einrichtungen mit reduzierten Eintrittspreisen zu besuchen. Durch steigende Mieten, Energiekosten und Preise werden aber auch zunehmend Senior*innen von Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, deren Rente knapp über dem Grundsicherungssatz liegt. In vielen deutschen Städten gibt es derartige Ermäßigungen für ältere Mitbürger*innen. Frankfurt sollte sich diesen guten Beispielen anschließen.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Kommunales Beschäftigungsprogramm – Investition in die Zukunft

Produktbereich: 18 Soziales
32 Personal und Organisation
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt am Main legt in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um Stellen zu schaffen, damit mehr Menschen die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Diese Stellen werden tarifvertraglich begründet.

2. Die auf diesem Wege neu zu schaffenden Arbeitsplätze dienen auch der Erfüllung zusätzlicher, gemeinnütziger Aufgaben, die nicht durch öffentliche Dienstleistungen abgedeckt werden und aufgrund mangelnder Gewinnerwartungen von privatwirtschaftlichen, profitorientierten Anbietern nicht erbracht werden. Dazu können Stadtentwicklungsprojekte, eine Verbesserung der Nahversorgung, Unterstützung in Bereichen der Kinder-, Senioren- und Familienhilfe sowie soziale und kulturelle Projekte zählen.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

3. Die Betreuung und Begleitung von Erwerbslosen und die Vermittlung besonders von Langzeitarbeitslosen in gute Arbeit braucht gutes Personal. Deshalb: Stellenausbau statt Stellenkürzungen beim Jobcenter Frankfurt! Die Beauftragung Dritter und die Förderung privater Arbeitsvermittler ist dagegen einzustellen.

Begründung:

Die Ursachen für Armut sind nicht zuletzt Folgen einer verfehlten Politik, die sich nicht an sozialer Verteilungsgerechtigkeit orientiert. Die Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung sind ein krasses Beispiel hierfür: sie haben Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt und zu einer Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse geführt, zu Zeit- und Leiharbeit, einem wachsenden Niedriglohnsektor und immer weiter steigendem Druck auf das Lohngefüge.

Vollzeitbeschäftigung in einem sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten Arbeitsverhältnis mit angemessener Entlohnung wird immer mehr zurückgedrängt. Die Mittelschicht schrumpft, die Zahl derjenigen, die von ihrer Arbeit allein nicht mehr leben können oder bereits vollständig auf Transferleistungen angewiesen sind, wächst. Nicht nur durch die Corona-Pandemie und damit einhergehende wirtschaftlichen Folgen geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Dies ist eine Tatsache, die mittlerweile statistisch nicht mehr schönzurechnen und durch Herumpfuschereien an Armutsberichten auch nicht mehr zu verharmlosen ist.

Dies schlägt sich erheblich in den Kommunen nieder: nicht nur im städtischen Haushalt, der durch steigende Pflichtleistungen belastet wird, sondern auch in einer immer stärker segregierten Gesellschaft. Es darf nicht sein, dass Menschen sich eine Teilhabe am Leben in der Stadt nicht mehr leisten können. Auch für die Stadtgemeinschaft bedeutet dies eine Verarmung. Diese Menschen fehlen im öffentlichen Leben und in Diskussionsprozessen.

Städte und Gemeinden können zwar die oben beschriebene Bundesgesetzgebung nicht direkt beeinflussen, sollten aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran arbeiten, der sozialen Spaltung auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken: Der dritte Arbeitsmarkt bietet eine Chance hierzu. Deshalb fordert DIE LINKE. den Wiedereinstieg der Kommune in einen kommunalen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Stadthaus für alle

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 21 Kultur

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden die notwendigen Mittel bereitgestellt, um die Räumlichkeiten des Stadthauses zukünftig zum Preisniveau der Saalbau GmbH zu vermieten.

Begründung:

Das Stadthaus kann derzeit zu einer Tagesmiete von 50 Euro pro Person (+ 600 Euro Reinigung) angemietet werden. Eine derart hohe Miete ist für den Großteil der Frankfurter Bürger*innen und Vereine nicht bezahlbar und nicht vergleichbar mit den Preisen der städtischen Saalbau GmbH.

Wen wundert es da, dass das Stadthaus extrem schlecht ausgelastet ist und neben den Unsummen, den der Bau verschlungen hat, nun chronisch Defizite anhäuft.

Mit der Saalbau GmbH hat man ein leuchtendes Beispiel vor Augen, wie das Stadthaus noch zu retten ist. Eine breite Nutzung des Stadthauses aus allen Bereichen der Stadtgesellschaft würde dessen Unterhalt problemlos sicherstellen. Immerhin war es ja auch die Stadtgesellschaft, die mit Steuergeldern für das Stadthaus aufgekommen ist.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Die Vermietung muss daher nun so gestaltet werden, dass alle die Räume nutzen können und nicht allein eine kleine Oberschicht. Die innenstadtnahe Lage kann kein Grund für die hohen Preise sein, da das Grundstück und das Gebäude darauf der Stadt gehören.

Das ab sofort zu erarbeitende Vermietungskonzept hat zum Ziel, dass das Stadthaus nicht in der Hauptsache als Ausweichstandort für Termine dient, die zurzeit im Römer stattfinden – wie zunächst geplant. Stattdessen sollen alle die Möglichkeit haben, das Stadthaus anzumieten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:	

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In den Haushalt 2022 fortfolgende werden die notwendigen Mittel eingestellt, um im Namen der Stadt Frankfurt die Finanzierung des laufenden Betriebs eines Seenotrettungsschiffs zu übernehmen, das im Mittelmeer in Seenot geratene Menschen vor dem Ertrinken rettet.

2. Die Stadt Frankfurt setzt sich bei der Innenministerin des Bundes dafür ein, dass die von diesem Schiff Geretteten in Frankfurt aufgenommen werden können.

Begründung:

Bei der Debatte zum „Sicheren Hafen“ in der Plenarsitzung am 29. August 2019 erklärte Stadträtin Sylvia Weber, das Sterben im Mittelmeer müsse aufhören, und zwar so schnell wie möglich. Frankfurt dürfe sich nicht hinter der Untätigkeit höherer politischer Ebenen verstecken, denn als Kommune stehe man mit in der Verantwortung. Zur Rettung Geflüchteter brauche es eine funktionierende Seenotrettung, die ihren Namen auch verdiene. Die Bereitschaft, die geretteten Menschen aufzunehmen, sei das stärkste Instrument und das stärkste Argument, das Kommunen in diesem Zusammenhang hätten.

Wenig später, am 27. September 2019, brachte Frau Dezernentin Weber anlässlich einer öffentlichen Diskussionsrunde zur „Sicheren Hafenstadt Frankfurt“ im Haus am Dom die

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Übernahme einer Patenschaft der Stadt Frankfurt für ein Rettungsschiff ins Spiel. Neben einer finanziellen Zuwendung müsse damit auch die Zusage verbunden sein, die Geretteten genau dieses Schiffes in Frankfurt aufzunehmen.

Bislang hat die Stadt Frankfurt lediglich die Anschaffung eines zusätzlichen Rettungsbeiboots der „Sea-Eye 4“ finanziert. Das ist gut, entspricht aber nicht der in klaren Worten in Aussicht gestellten Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff.

Mit ihrer Erklärung zum „Sicheren Hafen“ hat die Stadt Frankfurt zusammen mit zahlreichen weiteren Kommunen und Bundesländern in ganz Deutschland die Bereitschaft signalisiert, das Sterben im Mittelmeer zu beenden und aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Da Frankfurt die zusätzliche Aufnahme in ihrem Beschluss aber an die in Deutschland und Hessen geltenden Regeln gebunden hat, konnte bislang kein einziger aus Seenot geretteter Mensch aufgenommen werden. Das Ansinnen scheitert weiterhin an der Blockade durch das Bundesinnenministerium. Dagegen demonstrieren seit Jahren hunderttausende Menschen und fordern unter *#WirhabenPlatz*, dass Städte selbst über Aufnahmen entscheiden können.

Um der bislang also nur symbolischen Erklärung zum „Sicheren Hafen“ weitere tatsächliche Hilfeleistungen folgen zu lassen, ist es an der Zeit, dass die Stadt Frankfurt im Mittelmeer ein eigenes Seenotrettungsschiff in See stechen lässt. Darin würde die Stadt es der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) gleichtun, die Ende 2019 mit dem Kauf eines Seenotrettungsschiffs unter *#WirschickeneinSchiff* ein politisches Signal für die Seenotrettung und die Aufnahme Geretteter gesetzt hat.

Wie die EKD könnte die Stadt Frankfurt die Patenschaft für ein Schiff einer der zahlreichen zivilen Seenotrettungsorganisationen übernehmen, um deren Eintreten für das grundlegendste Menschenrecht auf Leben zu unterstützen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Corona-Aktionsplan finanzieren

Produktbereich: 18 Soziales

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 ff. werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um den vom Jugend- und Sozialamt erarbeiteten Corona-Aktionsplan ausreichend zu finanzieren.

Begründung:

Der Verwaltungsstab der Stadt Frankfurt hat das Jugend- und Sozialamt beauftragt, einen Corona-Aktionsplan in Hinblick auf die Folgen der Corona-Pandemie für einzelne gesellschaftliche Gruppen, in Koordination mit weiteren Ämtern zu erarbeiten. Zwar werden bereits laufende Maßnahmen aus Eigenmitteln finanziert, für geplante Maßnahmen stehen jedoch bisher noch keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Um die langfristigen Folgen der Pandemie abzufedern, bedarf es einer umfangreichen und langfristigen Finanzierung des Aktionsplans.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Einrichtung einer Monitoringstelle

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Gemäß der Vorgaben des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (im Sprachgebrauch: „Istanbul-Konvention“) richtet die Stadt umgehend eine ständige Monitoringstelle ein zur Evaluierung und zur Erforschung der von der Stadt getroffenen Maßnahmen i. S. d. Istanbul-Konvention.

2. Für die Koordinierung der Monitoringstelle stellt die Stadt dauerhaft die dafür erforderlichen Mittel (wie zum Beispiel die personelle Besetzung, Sachkosten und die Räumlichkeiten) zur Verfügung.

3. Bei der personellen Besetzung ist der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes in dynamischer Form anzuwenden.

4. Gemäß den Ausführungen der Istanbul-Konvention (u. a. im Artikel 11) arbeitet die Monitoringstelle unabhängig von städtischen Weisungen und bezieht die einschlägigen Hilfs- und Beratungsorganisationen, die Wissens- und Zivilgesellschaft ein.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

5. Für die Mitarbeit in der Monitoringstelle durch Nichtregierungsorganisationen bzw. die Zivilgesellschaft (Evaluierung der von der Koordinierungsstelle erhobenen Daten, Erforschung des Erfolgs der getroffenen Maßnahmen, Empfehlungen für andere oder weitere Maßnahmen, Berichte an GREVIO[1] und Veröffentlichung der Evaluierungs- und Forschungsergebnisse) werden entsprechende Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Istanbul-Konvention verlangt u. a. die bedeutende Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen bzw. der Zivilgesellschaft (u. a. Artikel 9 und 11). Wie bei anderen Menschenrechtsverträgen üblich muss auch die Monitoringstelle zur Istanbul-Konvention unabhängig arbeiten können.

Dies fordert nicht nur ein bundesweites Bündnis namhafter Frauen*organisationen, die auch an der Erstellung des sog. „Schattenberichts“ zu den Maßnahmen der Umsetzung arbeiten, sondern es sind auch die Empfehlungen der Expert*innen des von der Bundesregierung finanzierten „Deutschen Instituts für Menschenrechte“. Überdies ist es Beschlusslage der GFMK (Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder) aus 2018 und 2019.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

[1] GREVIO ist das 15-köpfige Gremium des Europarats, das die Umsetzung der Konvention und den Erfolg der Maßnahmen in den Ländern des Europarats überwacht, welche die Istanbul-Konvention ratifiziert haben. Es berichtet dem Europarat über den Erfolg der Maßnahmen in den Ländern.

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Förderung für Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung Frankfurt e.V.: Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* bekämpfen und Istanbul-Konvention umsetzen

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß der Vorgaben des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (im Sprachgebrauch: „Istanbul-Konvention“) fördert die Stadt den Verein „Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung Frankfurt e.V.“ mit 50.000 Euro jährlich.

Begründung:

Die Istanbul-Konvention verlangt Maßnahmen zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt und da der Verein Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. Selbstverteidigungsprogramme für Frauen* und Mädchen* als Gewaltschutz anbietet, ist eine kommunale Förderung dessen zu leisten.

Im Oktober 2017 hat Deutschland die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt ratifiziert, die am 1. Februar 2018 in Kraft

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

trat. Laut der EU ist Gewalt gegen Frauen* eine Verletzung der Menschenrechte und eine brutale Form von Diskriminierung. Programme und Aktivitäten zur Stärkung der Rechte der Frauen* sollen insbesondere in den Kommunen umgesetzt und gefördert werden.

Die Stadt Frankfurt beschloss 2020 im Rahmen der Istanbul Konvention die Präventionsarbeit des Vereins Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. zu fördern, um Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* durch frühzeitiges Empowerment bereits im Vorfeld zu verhindern.

Der Verein, der 1985 von einer Schwarzen-Deutschen Frau und einer US-Amerikanerin gegründet wurde, bietet einen Schutzraum für Frauen* und Mädchen* ab vier Jahren und leistet seitdem durchgehend Gewaltpräventionsarbeit und feministisches anti-rassistisches Empowerment-Training. Unabhängig von Hautfarben, Nationalitäten, Religionen, sexuellen Orientierungen sowie körperlichen und geistigen Fähigkeiten, entdecken Frauen* und Mädchen* gemeinsam ihre Stärken und bauen ihr Selbstbewusstsein aus. Mehr als Hundertausende von Frauen*, Mädchen*, Kindern und Eltern haben seit der Vereinsgründung an den Präventionskursen von Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. teilgenommen.

Die Gewaltpräventionsarbeit ist wichtiger als je zuvor, da die kriminalstatistische Auswertung vom Jahr 2020 des BKA anführt, dass die partnerschaftliche Gewalt im Vergleich zum Vorjahr um 4,9% gestiegen ist. Um eine kontinuierliche und effektive Gewaltprävention leisten zu können, meldet Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. mit diesem Antrag, den Bedarf an institutioneller, finanzieller Unterstützung für Empowerment- und Gewaltpräventionsprogramme für Mädchen* und Frauen* an.

Die beiden Corona-Lockdowns haben die Arbeit des Vereins deutlich verändert. Durch innovative Methoden hat der Verein sowohl mehrere zehntausende Menschen mit Gewaltpräventionsinformation erreicht als auch die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder behalten. Der Verein hat trotz Pandemie seine wichtige Empowerment-Arbeit so gut wie möglich fortgesetzt. Für den Wiederaufbau, die Stabilität und Kontinuität der wichtigen Gewaltpräventionsarbeit sind mehrere Stellen und eine langfristige und dauerhafte institutionelle Förderung nötig.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Städtische Kampagne zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen

Produktbereich:	18	Soziales
Produktgruppe:	18.01	Leistungen des Jugend- und Sozialamtes
Produktbereich:	10	Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten
Produktgruppe:	10.04	Gleichberechtigung für Bürgerinnen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß den Vorgaben des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (im Sprachgebrauch: „Istanbul-Konvention“) entwickelt und finanziert die Stadt eine fortlaufende Kampagne zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen als Beitrag zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* mit 50.000 Euro jährlich. Bei der Kampagne sind die betroffenen Berufsgruppen i.S.d. Istanbul-Konvention mit einzubeziehen. Gemäß der Istanbul-Konvention unterliegt diese Kampagne keinem Haushaltsvorbehalt.

Begründung:

Im Oktober 2017 hat Deutschland die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt ratifiziert, die am 1. Februar 2018 in Kraft

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

trat. Laut der EU ist Gewalt gegen Frauen* eine Verletzung der Menschenrechte und eine brutale Form von Diskriminierung. Programme und Aktivitäten zur Stärkung der Rechte der Frauen* und Mädchen* sollen insbesondere in den Kommunen umgesetzt und gefördert werden. Art. 12 der Istanbul-Konvention fordert ausdrücklich, dass die Vertragsparteien die erforderlichen Maßnahmen treffen, um Veränderungen von sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von Frauen* und Männern* mit dem Ziel zu bewirken, Vorurteile, Bräuche, Traditionen und alle sonstigen Vorgehensweisen, die auf der Vorstellung der Unterlegenheit der Frau* oder auf Rollenzuweisungen für Frauen* und Männer* beruhen, zu beseitigen.

Neben der Istanbul-Konvention sehen auch wichtige internationale Verträge wie die UN-Frauenrechts-Konvention CEDAW zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung von Frauen* die sexualisierte Gewaltausübung als ein Hindernis auf dem Weg zu einer gleichgestellten Gesellschaft. Als eine wichtige Ursache wird die Existenz von Geschlechterstereotypen (Rollenklischees) benannt. Ausdrücklich fordern die internationalen verbindlichen Verträge, zu denen sich auch Deutschland verpflichtet hat, die Aufdeckung und Bekämpfung von Geschlechterstereotypen, damit sowohl die sexualisierte Gewaltausübung in allen Ausprägungen bekämpft wird als auch Gerichtsurteile möglichst vorurteilsfrei ausfallen und es zu keiner Täter*-/Opfer*-Umkehr kommt.

Auch die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ vom Rat der Europäischen Gemeinden und Regionalregierungen Europas RGRE verpflichtet die unterzeichnenden Länder und Kommunen ausdrücklich, entsprechende Aktionen und Kampagnen durchzuführen (Art. 6). Gerade Frankfurt am Main ist stolz darauf, als erste Einzelstadt Deutschlands die Europäische Gleichstellungscharta unterschrieben zu haben. Nun müssen der Unterschrift die zugesicherten Maßnahmen folgen. Die Kampagne zur Beseitigung der Geschlechterstereotype kann sich nicht darin erschöpfen, eine Tagung durchzuführen, sondern ist als fortlaufende Kampagne zu verstehen, bis eine Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft erreicht ist.

Gerade auch im Sinne der Gewaltprävention besteht die Notwendigkeit, sich die Rollenklischees anzusehen, die mit den verschiedenen Geschlechtern verbunden werden. Aus den Erkenntnissen lassen sich Forderungen, z. B. nach Fortbildung und Sensibilisierung betroffener Berufsgruppen, wie in Polizei, Justiz und weiteren Berufen, ableiten. Eine fortlaufende Kampagne zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen als Gewaltprävention ist daher notwendig.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller

Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Kommunaler Fonds für Leistungen im Gesundheitsbereich

Produktbereich: 19 Gesundheit
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt richtet ab dem Jahr 2022 einen kommunalen Gesundheitshilfefonds für Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, Grundsicherung und Sozialhilfe ein. Aus diesem Fonds können sowohl Einmalzahlungen im Sinne des § 24 Abs.3 SGB II als auch Krankenkostzulagen in Form von Pauschalleistungen erbracht werden.

Hierfür werden ausreichende Finanzmittel in den Haushalt eingestellt. Bereits bestehende Mittel aus diesem Bereich, die im Rahmen der Frankfurter Richtlinien derzeit für Sozialhilfeempfänger*innen gezahlt werden, fließen in diesen Fonds mit ein.

Der kommunale Gesundheitsfonds soll folgende Leistungsangebote abdecken:

1. Übernahme der Kosten für notwendige rezeptfreie Medikamente, Verbands-, Heil- und Hilfsmittel.

2. Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel.

3. Im Bedarfsfall eine medizinisch indizierte ergänzende Krankenkostzulage in entsprechender Höhe, sofern diese Aufwendungen nicht oder nicht ausreichend über

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

andere Sozialleistungen (nach § 30 Abs. 5 SGB XII bzw. § 42 Nr.3 SGB XII oder § 21 Abs. 5 SGB II) abgedeckt sind.

4. 20 Euro einmalige Beihilfe für einen gesonderten Kleiderbedarf bei Krankenhausaufenthalten.

5. Übernahme der Fahrtkosten für Besuche von nahen Angehörigen im Krankenhaus und in der Kur.

6. Übernahme von Dolmetschkosten, wenn dies im Falle der Behandlung von Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, Grundsicherung oder Sozialhilfe aufgrund von Sprachbarrieren vom behandelnden Arzt für notwendig erachtet wird.

7. Übernahme der Kosten für notwendige Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen sowie Vorsorgebehandlungen, die in den Bereich der Nicht-Kassenleistungen fallen.

Begründung:

Aufgabe kommunaler Gesundheits- und Sozialpolitik muss es sein, die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen sicherzustellen – und zu verbessern. Frankfurter Gesundheitspolitik muss auf eine ausreichende medizinische Grundversorgung auch der sozial Schwachen ausgerichtet sein. Neuen gesellschaftlichen Verschärfungen – wie der ansteigenden Kinder-, Jugend- und Altersarmut – muss mit unverzüglichen und unbürokratischen Unterstützungsmaßnahmen entgegengetreten werden. Frankfurter Gesundheitspolitik muss die Verringerung der sozialen Ungleichheit von Gesundheitschancen bei der Prävention und Gesunderhaltung in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Zugang zur und Umfang der medizinischen Versorgung dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Pflege in den Stadtteilen

Produktbereich: 19 Gesundheit
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt errichtet Pflegestützpunkte in den einzelnen Stadtteilen. Hierfür werden ausreichend Mittel in den Haushalt 2022 ff. eingestellt.

Begründung:

Mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz (PSG III) verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Rolle der Kommunen bei der Pflege zu stärken und auszubauen. Die Kommunen besitzen die Kompetenzen, um pflegebedürftige Menschen umfassend zu beraten und so den Betroffenen lange Wege und eine langwierige Suche nach den passenden Angeboten in der Vielzahl von Trägern zu ersparen.

Seit 2011 existiert ein Pflegestützpunkt in Frankfurt am Main. Hier werden Frankfurterinnen und Frankfurter von Mitarbeitenden der Stadt Frankfurt sowie der BAHN-BKK zum Thema Pflege beraten und informiert. Um dieses Angebot auszubauen und die Betroffenen direkt vor Ort beraten zu können, benötigen die Stadtteile eigene Stützpunkte. Ziel muss es sein, die Angebote in den einzelnen Stadtteilen so auszugestalten und zu koordinieren, dass den Menschen vor Ort die Unterstützung gewährleistet wird, die sie benötigen.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Personal im Gesundheitsamt aufstocken

Produktbereich: 19 Gesundheit
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, um alle offenen Personalstellen im Gesundheitsamt zügig zu besetzen und weitere dringend benötigte Stellen zu schaffen.

Begründung:

Durch die Corona-Pandemie und die damit einhergehende Kontaktpersonennachverfolgung von mit dem Corona-Virus infizierten Personen musste das Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt nahezu alle originären Angebote und Dienstleistungen einschränken oder gar aufheben. Das hat erhebliche gesundheitliche Auswirkungen auf die Frankfurterinnen und Frankfurter. So fanden beispielsweise Vorschuluntersuchungen oder die Überprüfung des Zahnstatus bei Kita- und Grundschulkindern in den vergangenen zwei Jahren kaum bis gar nicht statt.
Auch im Bereich der Kontaktnachverfolgung musste die Stadt auch bei relativ geringen Fallzahlen die Bundeswehr um Hilfe bitten. Grund hierfür ist die Unterbestzung des Gesundheitsamtes. So waren Ende 2021 – mitten in der Corona-Pandemie – 31 Stellen im Gesundheitsamt unbesetzt. Auch im Hinblick auf die langfristigen Folgen der Pandemie

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

braucht das Gesundheitsamt weitere Stellen, um seinen Aufgaben nachkommen zu können.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Jugendhilfe an Schulen stärken

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.01 Schulbetriebsmanagement / pädagogische Aufgaben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Zuweisung und Stellenbemessung von Mitarbeiter*innen im Bereich Jugendhilfe an Schulen wird ausgeweitet.

2. Die Kriterien für zusätzliche Stellen im Bereich Jugendhilfe in der Grundschule sollen nach Anzahl der Schüler*innen und nach dem Sozialindex des Einzugsgebietes der jeweiligen Schule bemessen werden.

3. Für die Berufsschulen wird ein Förderprogramm Jugendhilfeangebote an der Berufsschule aufgelegt.

4. Die dafür notwendigen Mittel werden im Haushalt 2020/21 bereitgestellt.

Begründung:

Frankfurter Schüler*innen, die von strukturellen Benachteiligungen betroffen sind, müssen bessere Bildungschancen erhalten. Mit der Stärkung der Jugendhilfe an Schulen werden Benachteiligungen mit Hilfe von Schulsozialarbeit abgebaut. Hierzu ist es wichtig, sich bei

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

der Stellenbemessung sowohl auf die Größe der Schulen als auch auf die sozialräumlichen Anforderungen in der Bildungsregion zu beziehen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Präsenz-Reinigungskräfte an Schulen

Produktbereich:	20	Bildung
Produktgruppe:	20.01	Schulbetriebsmanagement/pädag. Aufgaben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 ff. werden ausreichend finanzielle Mittel eingestellt, um an allen Frankfurter Schulen städtische Präsenz-Reinigungskräfte zu beschäftigen.

Begründung:

Für eine qualitativ gute Schulreinigung durch gut bezahlte Reinigungskräfte, muss diese Aufgabe wieder in kommunale Hand zurückgeführt werden.

Eine unzureichende Schulreinigung ist seit Jahren ein immer wiederkehrendes Problem an Frankfurter Schulen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Privatisierung von Reinigungsleistungen. Die sehr hohe Wettbewerbsintensität in der Reinigungsbranche, die vor allem über die Personalkosten entsteht, führt trotz Mindestlohn zu schlecht bezahlten Jobs im Niedriglohnsektor. Die Arbeitnehmer*innen stehen meist massiv unter Zeitdruck, wodurch letztlich auch die Qualität der Leistung leidet.
Darüber hinaus kommt es in der Branche immer wieder zu illegalen, unangemeldeten Tätigkeiten. Dies hat auch im April 2021 zu einer Großrazzia in einer Reinigungsfirma aus dem Rhein-Main-Gebiet geführt, die an mehr als 50 Frankfurter Schulen mit der Reinigung beauftragt war.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Kostenlose Kinderbetreuung auch in der Kinderkrippe und Tagespflege

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.03 Trägerübergreifende Kita-Aufgaben - Tagespflege

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Beitragspflicht für Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige wird in Frankfurt vollständig aufgehoben.

Begründung:

Seit August 2018 ist die Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr in Frankfurts Kindertagesstätten und der Kindertagespflege für Eltern beitragsfrei. Das Land Hessen stellt hierbei für eine sechsstündige Betreuung (2/3-Platz) pro Kind monatlich 135,60 Euro bereit. Die restlichen 3,5 Stunden für einen Ganztagsplatz werden von der Stadt Frankfurt finanziert.

Durch die vom Land Hessen gezahlte Pauschale von 135,60 Euro pro Kind muss die Stadt Frankfurt hierfür keine zusätzlichen Mittel aufbringen, da diese die Kosten für einen 2/3-Platz in Frankfurt übersteigt. So können alle vorhandenen Ganztagsplätze durch die Pauschale finanziert werden.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Für eine reiche Stadt wie Frankfurt ist damit eine gute Grundlage geschaffen, um nun auch die Kinderbetreuung von unter Dreijährigen vollständig kostenlos anzubieten. In Ergänzung zum Elternhaus leisten Kinderkrippen und Tagespflegefamilien als frühkindliche Bildungsstätten und Sozialisationsinstanzen einen wichtigen Beitrag zur kindgerechten Erziehung und Förderung. Hier lernen Kinder nicht nur miteinander und voneinander, sondern erhalten abhängig von Alter und Entwicklungsstand entsprechende Angebote zum gemeinsamen frühkindlichen Lernen. Für Eltern sind Kinderkrippen und Tagespflegefamilien zudem mit Blick auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig. Gerade alleinerziehende Elternteile sind auf die Betreuung ihrer Kinder angewiesen.

Die frühkindliche Bildung muss gleichberechtigt neben den anderen Bildungsbereichen stehen. Wenn Kindertagesstätten, Schule und Hochschule gebührenfrei sind, muss es auch die Kinderkrippe und Tagespflege sein. Denn dort werden die Grundlagen gelegt für gleichberechtigte Teilhabe. Jedes Kind hat das Recht - und muss auch die Möglichkeit haben - eine solche Einrichtung zu besuchen. Dies darf nicht an den Kosten scheitern.

Der Zugang zu Betreuung und Bildung in einer entsprechenden Einrichtung ist allerdings von der finanziellen Situation der Eltern abhängig. So bezahlen Eltern in Frankfurt für einen Ganztagsplatz in einer Kinderkrippe oder Krabbelstube inklusive Essen und Trinken ca. 250 Euro pro Monat. Dieser Betrag ist unabhängig von der jeweiligen Einkommenssituation für alle Eltern gleich, die keinen Anspruch auf ergänzende Leistungen nach § 90 SGB VIII besitzen. Eltern, die nur knapp über der Einkommensgrenze für ergänzende Leistungen liegen, werden damit unverhältnismäßig belastet, was nicht selten dazu führt, dass sie ihr Kind nicht oder erst sehr spät an der frühkindlichen Förderung in der Kindertagesstätte teilhaben lassen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Kostenfreies und gesundes Frühstück und Mittagessen an Schulen

Produktbereich: 20 Bildung
Projektgruppe: 20.01 Schulbetriebsmanagement, pädagogische Aufgaben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Essensversorgung werden die notwendigen Mittel in den Haushalt 2022 eingestellt, die es ermöglichen, dass ein kostenfreier Mittagstisch aus regionalen, saisonalen und kontrolliert biologisch angebauten Zutaten für alle Kinder angeboten werden kann:

1. Zu jedem Mittagstisch werden als Alternative vegetarische bzw. vegane Speisen angeboten.
2. An allen Schulen soll die kostenfreie Ausgabe von Obst und Gemüse aus regionalem Anbau ermöglicht werden.
3. Zu jeder Mahlzeit gibt es kostenloses Trinkwasser für alle Schüler*innen.

Begründung:

Der Mittagstisch an Frankfurter Schulen ist ein wichtiger Bestandteil für eine gesunde und wertvolle Ernährung für Kinder und Jugendliche. Die Kommune kann mit dem Angebot von gesundem und ausgewogenem Essen auf die Ernährung der Kinder Einfluss nehmen und den negativen Folgen von schlechter und unausgewogener Ernährung entgegenwirken.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) empfiehlt fünf Obst- und Gemüseportionen pro Tag auch für Kinder. Familien mit geringem Einkommen können sich frisches Obst und Gemüse kaum leisten. Und auch unabhängig vom Einkommen gehören in einigen Familien oder Haushalten mit Kindern regelmäßige Mahlzeiten nicht mehr zum Alltag. Dies kann zu einer Fehlernährung mit gravierenden Folgen (z. B. Diabetes) führen. Viele Schulen müssen bereits mit den v.a. psychosozialen Folgen von Übergewicht umgehen, sind aber auch mit lebensbedrohlichen Krankheiten wie Bulimie oder Magersucht ihrer Schüler*innen konfrontiert.

Ziel ist es, langfristig allen Schüler*innen ein regelmäßiges und kostenfreies Mittagessen zu ermöglichen. Nur mit einer guten Ernährung können die Schüler*innen ihren Alltag und die Anforderungen der Schule an sie bewältigen. Denn eine gesunde Ernährung ist auch ein Schlüssel gegen Konzentrationsschwäche. Dies betrifft alle Kinder, nicht nur solche aus einkommensschwachen Familien.

Wie der Magistrat in Bericht B 582/2020 darlegte, ist es möglich, allen 11.100 Schüler*innen, die derzeit am Mittagessen teilnahmen, für 17,1 Mio. Euro ein kostenfreies Mittagessen zu ermöglichen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Personalbudget für Frankfurter Kinderbüro erhöhen

Produktbereich: 20 Bildung

Produktgruppe: 20.13 Frankfurter Kinderbüro

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 ff. werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um die umfangreiche Arbeit der Geschäftsstelle der Kinderbeauftragten im Frankfurter Kinderbüro zu gewährleisten.

Begründung:

Ziel der Arbeit des Frankfurter Kinderbüros ist die Verbesserung der Lebenssituation von Frankfurter Kindern. Zentrale Aufgabe ist es, Kindern Gehör zu verschaffen, sie an Entscheidungen zu beteiligen oder ihre Interessen durch das Kinderbüro zu vertreten. Zu den Aufgaben des Kinderbüros zählt unter anderem die Geschäftsstelle der Kinderbeauftragten, die für die über 40 Kinderbeauftragten in Frankfurt zuständig ist. Um diese Koordinierung der Tätigkeiten weiterhin gewährleisten zu können, auch im Hinblick auf zusätzlich benötigte Kinderbeauftragte in den Stadtteilen, benötigt das Kinderbüro weitere personelle Ressourcen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Ein Haus für die freie Szene

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 fortfolgende werden Mittel eingestellt, um die freie Theaterarbeit im Industriedenkmal Naxoshalle kontinuierlich zu unterstützen. Die Förderung des Modellprojekts soll sowohl den Spielbetrieb als auch Investitionen in den Ausbau der Spielstätte umfassen. Die gesamte Förderung umfasst 500.000 Euro, wobei der detaillierte Förderumfang in Zusammenarbeit mit dem Theater Willy Praml und studioNAXOS vom Kulturamt erarbeitet wird.

Begründung:

Der im Jahr 2013 initiierte Zusammenschluss von Theater Willy Praml und studioNAXOS, mit dem Ziel der gemeinsamen Nutzung und Verwaltung der seit Jahrzehnten erfolgreichen Theaterspielstätte im Industriedenkmal Naxoshalle, bedarf der kontinuierlichen Unterstützung, um den Spielbetrieb angemessen zu gewährleisten und in den notwendigen Ausbau des Hauses zu investieren.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

In den letzten Jahren hat sich in der Naxoshalle ein zukunftsfähiges Modell zeitgenössischer, freier Theaterarbeit etabliert, das auch den vernachlässigten Formen der Darstellenden Künste gesellschaftlichen Raum gibt.
Mit zusätzlichen Investitionen ließen sich die Kapazitäten des Industriedenkmals sinnvoll erweitern, um noch weitere freie Theatergruppen einbeziehen zu können und die Naxoshalle zu einem Haus für die freie Theaterszene auszubauen.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Freie Kunstakademie Frankfurt stärker fördern

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die institutionelle Förderung der Freien Kunstakademie Frankfurt wird um insgesamt 50.000 Euro/jährlich erhöht. Davon werden 20.000 Euro zur Finanzierung der erhöhten Raumkosten ab April 2022 bereitgestellt und 30.000 Euro für die Einstellung einer zusätzlichen Verwaltungskraft.

Begründung:

Die Freie Kunstakademie Frankfurt am Main (FKaF) ist eine wichtige Säule der Kulturförderung und Kulturvermittlung in Frankfurt am Main. Sie vermittelt die grundlegenden Fertigkeiten in den Bereichen Zeichnen, Malen, Bildhauerei, Druckgrafik, Fotografie und Film. Das Angebot wird seit Jahren sehr gerne von Frankfurter*innen angenommen. Um die gestiegenen Mietkosten zu finanzieren sowie die Verwaltungstätigkeit der Akademie hauptamtlich zu leisten, ist eine Erhöhung der institutionellen Förderung notwendig.

DIE LINKE. im Römer

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Brotfabrik soll städtisch werden

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden geeignete Mittel für den Kauf der Hausener Brotfabrik durch die Stadt Frankfurt bereitgestellt und für den Erwerb des Geländes eingesetzt.

Begründung:

Die selbstverwaltete Brotfabrik Hausen ist seit 40 Jahren eine feste Größe in der vielfältigen Frankfurter Kulturlandschaft. Elf Projekte teilen sich fast 1500 Quadratmeter. Neben zwei Bühnen gibt es einen großen Veranstaltungssaal, zwei Lokale, drei psychosoziale Projekte, eine Werbeagentur und ein Atelier. Die Brotfabrik stellt einen kulturellen Leuchtturm dar, der bestehen bleiben muss. Insbesondere, weil in Frankfurt Orte der freien Kulturszene rar sind und es in den einzelnen Stadtteilen Kulturräume braucht. Die Verdrängung von Kulturschaffenden und der Verlust an Kulturinfrastruktur führen zu einer kulturellen Verödung der Stadt.

Da der Verkauf der Brotfabrik an Investor*innen und der geplante Abriss des Gebäudes nur knapp abgewendet werden konnten, muss die Stadt Frankfurt derartige Bedrohungen von Kulturräumen für die Zukunft verhindern. Aus diesem Grund muss der Magistrat jetzt handeln und die Hausener Brotfabrik erwerben.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Dr. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Monika Christann
Stv. Michael Müller
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Stärkung der Frankfurter Clubszene

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden Mittel für ein Förder- und Sanierungsprogramm für die lokale Clubszene eingestellt. Analog zur Clubförderung in Hamburg ist in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Clubs am Main“ eine Stiftung zur Stärkung nicht-städtischer Musikbühnen (sogenannte Clubstiftung) ins Leben zu rufen, die über verschiedene Förderinstrumente und nach entsprechender Bedarfsermittlung sowohl das dauerhafte Musik-Angebot (DJ-ing wie auch Livemusik) als auch diverse Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen, insbesondere für Lärmschutz, unterstützt.

Begründung:

Die Clubszene ist ein bedeutender Teil der Stadt Frankfurt. Gerade Music-Clubs in innerstädtischen Quartieren sehen sich jedoch in den letzten Jahren einem mitunter existenziellen Wandlungsdruck ausgesetzt. Vor allem durch Corona waren und sind viele Clubs in ihrer Existenz bedroht und bedürfen städtischer Förderung.

Clubbetreiber*innen sehen zudem oftmals die Notwendigkeit, die Lärmemissionen zu reduzieren. Jedoch können sich viele der betroffenen Einrichtungen die oft außerordentlich

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

aufwendigen und teuren Maßnahmen finanziell nicht leisten. Im Konfliktfall droht die Schließung des Clubs.

Um die Anwohner*innen vor Lärm und gleichzeitig die Clubs vor Verdrängung zu schützen, sollte die Stadt solchen Music-Clubs bei der Erstellung einer Bestandsaufnahme zum Lärmschutz behilflich sein. Teil dieser Lärmschutzaktivitäten sollen Maßnahmen sein, bei denen technologische und bauliche Lärmschutzmaßnahmen, Schallschutzgutachten und Mediationsverfahren in der Anwohner*innen-Kommunikation eine Rolle spielen. Dabei soll geprüft werden, ob und in welcher Höhe hierfür Mittel aus Lärmschutzprogrammen des Landes, des Bundes und der EU zur Verfügung stehen.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Kultur für alle

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 werden ausreichend Mittel eingestellt, um den Eintritt in die Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Frankfurt am Main kostenfrei zu stellen.

Begründung:

Der Magistratsbeschluss, Kindern und Jugendlichen in eine Reihe von städtischen und nichtstädtischen Kultur- und Freizeiteinrichtungen dieser Stadt freien Eintritt zu gewähren, war richtig und ein Signal, den Zugang zu Kultur und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einem größeren Personenkreis zu ermöglichen.

Immer noch aber ist der Besuch von Museen, Bädern und anderen Einrichtungen in Frankfurt für viele Menschen zu teuer und in Verbindung mit hohen Fahrpreisen im ÖPNV schlicht nicht bezahlbar.

Eintrittspreise wirken damit sozial ausschließend. „Kultur für alle“ muss der Anspruch der Stadt Frankfurt am Main sein. Dem kommt sie nach, wenn wie zu Zeiten Walter Wallmanns die Regelung des freien Eintritts auf alle ausgeweitet wird.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Stärkere Förderung der freien Theaterszene

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Förderung der freien Theaterszene wird im Haushalt 2022 um eine Millionen Euro erhöht, damit die Förderung zusätzlicher Künstler*innen/Theatergruppen nicht zulasten schon bestehender Förderungen geht.
- Die institutionelle Förderung wird auf 3- bzw. 6-Jahresförderungen erweitert, um den Theatern eine längerfristige Planungssicherheit zu geben.
- Es wird ein Spielstätten-Instandsetzungsfonds aufgelegt, damit die Theaterhäuser, die der freien Szene als Spielstätten dienen, notwendige Sanierungen und Modernisierungen vornehmen können.

Begründung:

Die Freie Theaterszene in Frankfurt ist durch die Corona-Pandemie existentiell bedroht und bedarf daher besonderer Unterstützung der Kommunen. Auch angesichts des Großprojekts „Städtische Bühnen“ und den enormen finanziellen Aufwendungen dafür, darf die Freie Theaterszene nicht vernachlässigt werden. Einer Entwicklung hin zur Förderung „großer Häuser“ und damit der Institutionalisierung von Kunst bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Strukturen der Freien Theaterszene, muss aktiv Einhalt geboten werden.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Auf Empfehlung des Theaterbeirats wurden in vergangenen Jahren sieben weitere freie Künstler*innen/Theatergruppen mit einer mehrjährigen Förderung bedacht. Diese Förderung erfolgte allerdings nicht zusätzlich, sondern wurde bei einem gleichbleibenden Gesamtfördervolumen nur durch die Kürzung der Mittel anderer Künstler*innen/Theatergruppen ermöglicht.
So wurden augenscheinlich Gelder aus dem Etat für die Projektförderung für die Aufstockung des Etats für die institutionelle Förderung entnommen. Neue Einzelprojekte vieler seit Jahren erfolgreich in Frankfurt arbeitender Künstler*innen/Theatergruppen wurden dadurch gefährdet oder sogar verunmöglicht. Die ohnehin schon prekäre soziale Situation vieler freischaffender Künstler*innen wurde weiter verschlechtert.

Das darf nicht sein. Für zusätzliche Künstler*innen/Theatergruppen müssen auch zusätzliche Fördermittel zur Verfügung stehen. Sowohl der Etat für die Projektförderung als auch der für die institutionelle Förderung müssen dynamisiert werden. In den vergangenen Jahren ist absehbar geworden, dass die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Fördermittel nicht ausreichen und eine Anhebung der Fördergelder für die Freie Theaterszene um eine Millionen Euro dringend notwendig ist.

Außerdem müssen die institutionellen Förderungen über drei und sechs Jahre statt wie bisher nur über zwei bis vier Jahre bewilligt werden. Die Spielstätten haben mehrjährige Mietverträge, Personalverpflichtungen, Verbindlichkeiten und laufende Kosten, die aus dem Spielbetrieb resultieren, die alle einer längerfristigen Planungssicherheit bedürfen.

Darüber hinaus ist in der öffentlich geführten Auseinandersetzung um die Naxoshallen klar geworden, dass viele der für Frankfurt kulturell immens wichtigen Spielstätten der Freien Theaterszene dringend sanierungsbedürftig sind bzw. brandschutz- oder produktions-technisch modernisiert werden müssen und dafür finanzieller Unterstützung bedürfen. Damit die freie darstellende Kunst Frankfurts dabei nicht zum Spielball der Politik wird, muss ein Fonds eingerichtet werden, der auf Antrag und nach Prüfung der jeweils zuständigen Stellen einen den künstlerischen Maßstäben entsprechenden, gefahrlosen und stetigen Betrieb der Spielstätten gewährleistet.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Stärkere Förderung des Stoffel-Festivals

Produktbereich: 21 Kultur
Projektgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 wird das Stalburg-Theater für die Durchführung des Stoffel-Festivals im Günthersburgpark in dem Jahr 2022 mit einem zusätzlichen Zuschuss bedacht, sodass die Fördersumme insgesamt 50.000 Euro beträgt.

Begründung:

Das Stoffel-Festival ist eine weit über das Nordend hinaus beliebte Sommerattraktivität im Günthersburgpark. Aufgrund des offenen Konzepts ohne Eintrittspreise und Kommerz ist die Finanzierung Jahr für Jahr eine Herausforderung.
Einschränkungen durch Nachbarschaftseinwendungen haben zu finanziellen Einbußen geführt, auch die Spendeneinnahmen haben eine große Schwankungsbreite, so dass viele Arbeiten ehrenamtlich erfolgen und das Theater stets drauflegt. In der Frankfurter Bevölkerung besteht ein starkes Interesse an der Fortführung des Festivals, daher ist eine zusätzliche finanzielle Absicherung dringend erforderlich.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Corona-Pandemie: Notfallfonds für Kulturschaffende

Produktbereich:	21	Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe:	21.01	Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 werden 5 Mio. Euro eingestellt zur Kompensation von Einnahmeausfällen von Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen, deren öffentliche Darbietungen in Frankfurt am Main durch die Corona-Pandemie eingeschränkt oder abgesagt werden müssen.

Die Stadt Frankfurt bemüht sich beim Land Hessen, der Kulturstiftung der Länder sowie der Bundesregierung und der Kulturstiftung des Bundes um Erstattung dieser Hilfen.

Begründung:

Die Kulturschaffenden sind und waren besonders von der Corona-Pandemie betroffen. In der oftmals ohnehin prekären finanziellen Situation von Kulturschaffenden hat die Absage von Veranstaltungen wie Lesungen, Aufführungen, Konzerten, Clubkultur oder Sommer-Festivals existenzbedrohliche Konsequenzen. Viele freiberufliche Künstler*innen und andere Selbständige aus dem Kultur- und Medienbereich haben keinen Anspruch auf ALG 1 und die Bedarfsprüfung auf ALG 2 kann sich über Wochen hinziehen. Institutionen stehen und standen vor massiven Einnahmeausfällen durch eingeschränkte oder abgesagte Veranstaltungen und zurückgegebene Tickets.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Der Deutsche Kulturrat spricht sich für eine Einrichtung von Notfallfonds und eine Kompensation durch Kommunen, Länder und Bund aus. Um die Frankfurter Kulturszene in ihrer Qualität und ihrem Facettenreichtum zu erhalten, muss die Stadt in einer solchen Ausnahmesituation rasch und unbürokratisch Hilfe leisten.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Bunker zu kulturellen Zentren umbauen

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden Mittel in Höhe von 6 Millionen Euro bereitgestellt, um bestehende ehemalige Hochbunker zu kulturellen Stadtteilzentren umzubauen.

Begründung:

Im Jahr 2016 hat die Stadt Frankfurt am Main sechs Bunker erworben, die nun hauptsächlich als Lagerflächen genutzt werden. Um diese Bunker langfristig für kulturelle Zwecke, etwa als Proberäume und Bühnen zu nutzen, müssen diese zunächst brandschutztechnisch aufgerüstet, renoviert und mit Sanitäranlagen ausgestattet werden. Die aktuelle Nutzung als Lagerflächen ist keine Dauerlösung. Mit der Modernisierung schafft die Stadt dringend benötigte kulturelle Räume für Kulturschaffende, denen es immer schwerer fällt, in Frankfurt bezahlbare Räume zu finden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Dr. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Monika Christann
Stv. Michael Müller
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Digitalisierung und Provenienzforschung in Museen, Bibliotheken und Archiven

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 fortfolgende werden zusätzliche Mittel eingestellt, um die technischen und personellen Ressourcen zu schaffen, damit die städtischen Museen, Bibliotheken und Archive sowie das Institut für Stadtgeschichte neben der digitalen Langzeiterfassung und Darstellungsform ihrer Sammlungen zusätzlich auch die Provenienzforschung und die Restitution von Kulturgütern bewerkstelligen können.

Begründung:

Das Kulturdezernat hat im Jahr 2021 eine eigene Digitalisierungsstrategie für Museen, Bibliotheken und Archive vorgelegt. Auch in der gesamtstädtischen Digitalisierungs-strategie ist der Kulturbereich angesprochen. Und viel wichtiger noch, die Digitalisierung ist im Kulturetat verankert.

Dennoch besteht zusätzlicher Handlungsbedarf, denn nur vom Historischen Museum und vor allem vom Weltkulturen Museum war zu vernehmen, dass mit der Digitalisierung im eigenen Haus auch die Provenienzforschung als zusätzlicher Schwerpunkt mit einhergehen wird. Das digitale Sammlungsmanagement muss aber in allen Häusern auch

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

auf die Provenienzforschung ausgerichtet sein. Nicht nur die Interessen und Bedürfnisse des Publikums und der Wissenschaft müssen bedacht werden, sondern auch die der Herkunftsgemeinschaften. Dies auch in aller Konsequenz, also auch in Verantwortung, Vermittlung und Umsetzung von Restitutionen, der Rückgabe von Kulturgut kolonialer oder nationalsozialistischer Herkunft. Dafür sind zusätzliche Mittel und Ressourcen in den Etat einzustellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Kombi-Tickets für den Zoo

Produktbereich: 21 Kultur
Projektgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 werden Mittel eingestellt, um in Kooperation mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) ein Kombi-Ticket für den Frankfurter Zoo einzuführen, ohne dadurch die Eintrittspreise für den Zoo zu erhöhen.

Begründung:

Der Magistrat hat mit der B 289/2019 mitgeteilt, dass es für die Einführung eines Kombi-Tickets für den Zoo keine grundsätzlichen Hinderungsgründe gibt. Klar ist, dass dem RMV die Einnahmenverluste auszugleichen sind. Will man den gewollten Entlastungseffekt für die Umwelt und die angespannte örtliche Verkehrs- und Parksituation erreichen, ist auch klar, dass das Kombiticket Gültigkeit im gesamten RMV-Gebiet haben muss.

Eintrittskarten für den Zoo können online erworben werden. Das Kombiticket kann somit problemlos im Vorfeld eines Zoobesuchs gelöst werden und stellt eine sinnvolle Erweiterung des Zoo-Angebots dar. Die erforderlichen Mittel sind mit dem RMV abzuklären und in den Haushalt einzustellen.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Wasser- und Abwasserkonzepte: Jetzt handeln!

Produktbereich:	22	Umwelt
Produktgruppe:	22.02	Umweltcontrolling

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 ff. werden die notwendigen Mittel und Personalressourcen eingestellt, damit die Maßnahmen des Frankfurter Wasserkonzepts und des Konzepts „Abwasser 2035“, die auf die Stärkung der ortsnahen Trinkwassergewinnung und des Trinkwassersparens abzielen, unmittelbar umgesetzt werden:

- Die Erhöhung der Wassergewinnungs- und Wasseraufbereitungsmenge im Stadtgebiet von Frankfurt am Main durch Neubau und Sanierung/ Wiederinbetriebnahme von (ehemaligen) Anlagen der Trinkwasserversorgung sowie eine Steigerung der Infiltration von aufbereitetem Flusswasser im Frankfurter Stadtwald.

- Den Bau von vierten und fünften Reinigungsstufen in Frankfurter Kläranlagen.

- Die regelhafte Festsetzung von Bau und Nutzung von Betriebs-/Brauchwassersystemen bei Aufstellung von Bebauungsplänen für alle Neubaugebiete und bei Bauanträgen von Hochbauten.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

- Erlass einer Satzung zur verpflichtenden Errichtung von Regenwasserzisternen bei Neubauten und einer Förderrichtlinie für Anlagen zur Regenwassernutzung im Bestand.

Begründung:

Das kommunale Wasserkonzept der Stadt Frankfurt soll dazu dienen, die Wasserversorgung dauerhaft und nachhaltig zu sichern. Diesem Ziel wird das Konzept nicht gerecht, denn der prognostizierte Mehrbedarf an Trinkwasser bis 2030 soll vorrangig durch den Ausbau von Fernwasser-Infrastruktur gedeckt werden. Maßnahmen zur Stärkung der Eigenversorgung und zum Trinkwassersparen werden lediglich geprüft und ggf. geplant. Die Nutzung von gereinigtem Abwasser aus dem Konzept „Abwasser 2035“ ist sogar nur eine langfristige Überlegung. Konkrete Maßnahmen hierzu sind Fehlanzeige.

Frankfurt bezieht etwa 75 Prozent seines Trinkwasserbedarfs aus dem Umland. Vor allem aus dem Hessischen Ried und dem Vogelsberg, die wegen dem steigenden Wasserbedarf in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet in Zeiten des Klimawandels mit sinkenden Grundwasserständen zu kämpfen haben.

In den Wasserversorgungsgebieten gibt es historisch über eine lange Zeit gewachsenen politischen Unmut und breite Bürger*innenproteste gegen den Wasserlass. Zu Recht, denn viel zu lange hat vor allem Frankfurt als Kommune mit dem weitaus höchsten Anteil am Fernwasserbezug die Eigenversorgung vernachlässigt. Andere Regionen zu belasten ist schlichtweg günstiger als eigene Wasserwerke zu betreiben, zu sichern und instand zu halten. Das muss sich ändern und deswegen müssen die Maßnahmen des Wasserkonzepts in ihrer Priorisierung vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Vorrangig ist die ortsnahe Trinkwassergewinnung und Trinkwassersparen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Energie sparen und Ressourcen schonen

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 fortfolgende werden die notwendigen Mittel bereitgestellt, um in städtischen Liegenschaften in Energieeffizienz und Abfallvermeidung zu investieren, damit bis zum Jahr 2023 die Beleuchtung sukzessive auf die moderne und energiesparende LED-Technologie umgerüstet und die Bewirtschaftung und Beschaffung in all ihren Facetten nach ressourcenschonenden und Fairtrade-Kriterien ausgerichtet wird. Insbesondere auch im Römer wird schnellstmöglich eine umweltschonendere Mülltrennung eingeführt. Der Fokus richtet sich auf Müllvermeidung und ein innovatives Re- und Upcycling.

Begründung:

Der Klimaschutz-Masterplan zeigt den Weg auf: ein großer Beitrag zu einer nachhaltigen und klimagerechten Stadt wird durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ressourcenschonung geleistet. Die Stadtverwaltung muss dabei beispielhaft vorangehen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Klimaschutzfonds

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe: 22.04 Energie und Klimaschutz

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 und den Folgehaushalten bis 2025 wird ein Klimaschutzfonds gesondert abgebildet und mit 500 Millionen Euro ausgestattet, davon 100 Millionen Euro für 2022. Über diesen neuen Haushaltstitel werden umfangreiche Klimaschutz-Sofortmaßnahmen und die dafür notwendigen Referats- und Personalstellen finanziert. Ziel ist die Klimaneutralität Frankfurts bis 2035.

Konkret sollen für die Sektoren Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Industrie und Verkehr (inklusive Flugverkehr) eindeutige Treibhausgas(THG)-Reduktionsziele festgelegt und diese mit geeigneten Sofortmaßnahmen versehen werden, um bis 2035 die „Nettonull“ zu erreichen. Nettonull leitet sich dabei aus den verbleibenden THG-Restmengen ab, die Frankfurt noch maximal emittieren darf, um rechnerisch innerhalb der Vorgaben des Pariser Klimaabkommens zu bleiben. Zu den Maßnahmen muss gehören:

- Der Flugverkehr wird in die Bilanzierung und die CO2-Reduktionsplanung aufgenommen. Die mehrheitlich im öffentlichen Besitz befindliche Fraport AG muss für eine Abkehr von Kurzstreckenflügen sorgen, die auf die Bahn verlagert werden können.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

- Das Heizkraftwerk West wird bis 2025 auf erneuerbare Energien umgestellt.

- Die Stromversorgung der VGF wird unmittelbar auf nachhaltige Energiequellen umgestellt, laufende Verträge innerhalb des Stadtwerkekonzerns sind aufzuheben.

- Es wird ein Klimarahmenplan erlassen, auf dessen Grundlage die weitere Stadtentwicklung einem strikten Klimavorbehalt unterliegt. Die Alternative der sogenannten Klimaallianz, durch Einzahlung in einen Klimaschutzfonds, Kompensation für klimaschädliche Maßnahmen zu leisten, wird ausgeschlossen. Eine kommunale CO2-Bepreisung erübrigt sich.

- Alle geeigneten städtischen Dächer und Freiflächen (auch die der Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften) werden gemäß einer Prioritätenliste auf Basis des Solarkatasters geprüft und bis 2025 mit der maximalen Auslastung an Solaranlagen (Photovoltaik oder Solarthermie) bestückt. Dort, wo eine Solaranlage aus technischen Gründen nicht installiert werden kann, soll eine Begrünung zum Zug kommen. Wo möglich, sollen Gründächer und Photovoltaik/Solarthermie miteinander kombiniert werden.

- Frankfurt geht auf das Land Hessen, auf Industrie- und Gewerbetreibende, Kirchen, Vereine und sonstige Organisationen und Institutionen zu, um mit deren Dächern und Freiflächen ebenfalls wie in obiger Weise zu verfahren.

- Frankfurt startet gemeinsam mit der Mainova eine Kampagne zur Bekanntmachung des Solarkatasters sowie der Beratungsangebote zu Solarstrom in Eigenregie bzw. Mieter*innenstrommodelle und legt ein Förderprogramm für Solaranlagen auf Privatdächern auf, analog zur Klimabonus-Förderlinie „Frankfurt frischt auf“.

- Frankfurt beschließt eine Solardachpflicht für Neubauten.

- Frankfurt nimmt die Wind- und Wasserkraftpotenziale sowie die Abwärmequellen, die das Abwärmekataster des Energiereferats aufzeigt, in Nutzung und erschließt weitere Erdwärmeprojekte.

- Die Genehmigung zum Weiterbetrieb oder zur Ansiedlung von Rechenzentren auf dafür ausgewiesenen Flächen wird strikt davon abhängig gemacht, dass die Stromversorgung aus erneuerbaren Energien erfolgt und die entstehende Abwärme zur Wärmeversorgung umliegender Liegenschaften genutzt wird.

Alternativ wird der Weiterbetrieb oder eine Ansiedlung auch dann gestattet, wenn eine Einspeisung der Abwärme in das Fernwärmenetz der Mainova erfolgt. Die technischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Abwärme auf das Temperatur- und Druckniveau des Fernwärmenetzes anzuheben, obliegt dabei den Betreiber*innen, wobei sie von der Mainova unterstützt werden.

Begründung:

Die Stadt Frankfurt hat sich zum Klimaziel gemacht, die CO2-Emissionen bis 2030 um 50 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Alle 5 Jahre sollen dafür 10 Prozent eingespart werden. Die Energieversorgung soll bis 2050 zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt werden, wobei 50 Prozent des Endenergie-verbrauchs eingespart werden soll.

Die aktuelle CO2-Bilanz der Stadt spricht eine andere Sprache. Der Endenergieverbrauch ist seit 1990 gestiegen, statt zu sinken und auch im Verkehrssektor steigen die CO2-Emissionen, statt zu fallen. Die absoluten Werte sind seit 1990 zwar um rund ein Fünftel gesunken. Das hat aber mehr mit der Deindustrialisierung und der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft zu tun als mit den Klimaanstrengungen der aktuellen und der vergangenen Stadtregierungen.

Seit 2010, also in der Zeit, in der sich die Klimadebatte zugespitzt und Frankfurt seine Klimaziele verabschiedet und Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, wurden nur 1-2 Prozent an CO2-Emmissionen eingespart. Und dass, obwohl die größten Einzelemittent*innen, der Frankfurter Flughafen und das Kohleheizkraftwerk West, von der Bilanz ausgespart wurden.

Die Bilanz, aber noch viel mehr der wirkliche Sachstand in der Klimafrage in Frankfurt, ist nicht anders als verheerend zu bezeichnen. Auf diesen Missstand will die Koalition mit der sogenannten Klimaallianz reagieren, die schon in der vergangenen Wahlperiode verabschiedet wurde und seitdem der Umsetzung harrt. In dem Maßnahmenpaket sind viele kleinere und einige wenige, strukturell weitreichendere Maßnahmen versammelt. Keine der Maßnahmen aber ist geeignet, schnell zur Reduktion der CO2-Emissionen beizutragen.

Bezeichnend ist, dass im Haushaltsentwurf 2022 für den Finanzplanungszeitraum 2022-2025 zwar Investitionsmittel von insgesamt 280 Millionen Euro für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel eingeplant sind. In 2022 sollen aber gerade Mal 35 Millionen Euro aufgewendet werden. Einschneidende Sofortmaßnahmen scheinen nicht geplant zu sein.

Den Haushaltsansätzen im Bereich Klimawandel ist auch nicht zu entnehmen, dass größere Strukturanpassungen erfolgen sollen. Die Mittel sind vorgesehen für das Programm „Frankfurt frischt auf“, für Klimawandelanpassung, einen Erneuerbare-Energien-Fonds, energetische Ertüchtigung und für Ladeinfrastruktur der E-Mobilität.

Die Klimabewegung, Fridays For Future und viele Frankfurter*innen haben wesentlich weitergehende Forderungen und Ziele. So soll beispielsweise das Heizkraftwerk West nicht erst 2026 auf Gas umgestellt werden, sondern bis 2025 auf erneuerbare Energien. Der Verkehr - und hier vor allem auch der Flugverkehr - müssen in Frankfurt viel stärker in den Fokus der Klimadiskussion rücken. Für den Flughafen sieht die Klimaallianz überhaupt keine Maßnahme vor. 52,5 Millionen Euro für mehr E-Ladeinfrastruktur gibt darauf keine Antwort.

Zum Erreichen der Klimaneutralität ist es neben der Energieeinsparung ebenso erforderlich, dass die Stadt Frankfurt am Main die vorhandenen Potenziale im Bereich der erneuerbaren Energien ausschöpft. Bis Mitte des Jahrzehnts müssen aus Sicht der Klimabewegten sämtliche verfügbaren Dächer mit Solaranlagen bestückt sein. Wind- und Wasserkraft-, Erd- und Abwärmepotenziale müssen endlich genutzt werden. Ein Fonds über 35 Millionen bis 2025 wird da nicht ausreichen.

All das macht deutlich, dass die Klimaallianz nicht weit genug geht und dabei auch noch weitestgehend unverbindlich bleibt. Das aber ist keineswegs ausreichend, um die Jahrhundertaufgabe Klimawandel zu meistern. Der Klimaschutz muss sozial und gerecht sein und das ist er nur, wenn die Maßnahmen nicht dazu führen, dass im Haushalt an anderer Stelle gekürzt wird. Es ist daher unabdingbar, den Klimaschutzfonds im Haushalt gesondert auszuweisen und ihn nicht nur durch Kreditaufnahmen, sondern auch durch eine Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt finanziell ausreichend auszustatten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Investitionen ins Stadtgrün

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 und fortfolgende werden die Mittel im Bereich StadtForst und der Unterhaltung von Grün- und Freiflächen auf 20 respektive 50 Millionen Euro erhöht. Dadurch wird investiv und durch mehr Personal sichergestellt, dass

1. der Stadtwald zu einem klimaangepassten Mischwald weiterentwickelt und dabei massiv und auch zulasten seiner wirtschaftlichen Nutzung aufgeforstet wird;

2. ein Baumpflanzprogramm aufgelegt wird, um im gesamten Stadtgebiet abgestorbene Bäume durch klimaangepasste Arten zu ersetzen und überall wo möglich, sowohl in den Grünanlagen und Parks als auch auf den Plätzen und entlang der Straßen, bei Straßenumbauten immer, Neupflanzungen großer Bäume, ggf. als Alleen, zur Verschattung und CO2-Bindung vorzunehmen;

3. die Bewässerung der Bäume und Grünflächen zukünftig vorrangig durch Brauchwasser aus Zisternen, Brunnen, Grundwasserleitern, aus Uferfiltrat oder neu zu schaffenden Brauchwassernetzen erfolgt und nicht weiter wertvolles Trinkwasser verschwendet wird, das zum Nachteil der Wasserbezugsregionen dem Vogelsberg, dem Burgwald und dem Hessischen Ried entzogen wird;

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

4. das Stadtklima durch mehr Beschattung und Belüftung, durch mehr Grün- und Wasserflächen und durch weniger Versiegelung, sondern im Gegenteil durch verstärkte Entsiegelung öffentlicher Räume und Plätze verbessert wird;

5. an allen geeigneten öffentlichen Gebäuden verpflichtend Fassaden- und Dachbegrünung anzubringen ist;

6. das Förderprogramm zugunsten privater Dach- und Hofbegrünungen erweitert, mittels weiterer Kampagnen bekannter gemacht und die Bürger*innenberatung dazu intensiviert wird.

Begründung:

In 2018 war Frankfurt die heißeste Stadt Deutschlands mit der höchsten jemals gemessenen Jahresdurchschnittstemperatur von 12,9 Grad Celsius. Der Klimawandel ist Realität mit dramatischen Folgen für Mensch, Flora und Fauna durch extreme Hitze und Trockenheit, potentiell aber auch durch Starkniederschläge.

Die monatelange Trockenheit und die Temperaturen nahe 40 Grad Celsius in den Jahren 2018 bis 2020 haben ein großes Baumsterben zur Folge. Betroffen sind Bäume in allen Stadtteilen, in den Grünanlagen und Parks, auf den Plätzen und entlang der Straßen sowie im Stadtwald. 96,4 Prozent der dortigen Bäume sind laut aktuellem Waldzustandsbericht abgestorben oder krank, d.h. sie weisen Schäden auf, die sie anfällig für Krankheiten und Schädlinge machen. Noch nie mussten in Frankfurt so viele Bäume gefällt werden wie zuletzt.

Die Grundwasserabsenkung in den Hitzejahren war enorm und das Grundwasserniveau verbessert sich nur langsam wieder. Nur viel und andauernder Regen könnte die großflächig sehr eingeschränkte Wasserversorgung für die Natur ausgleichen. Damit ist in Zeiten des Klimawandels nicht zu rechnen. Auch mit den vorrangig trinkwassergespeisten Bewässerungsmaßnahmen gelingt es nicht, die Bäume in der Stadt zu stabilisieren. Junge und neu gepflanzte Bäume profitierten vom Regen und der kühleren Witterung im vergangenen Jahr, aber die großen und alten Eichen, Buchen, Kiefern und Fichten werden sich nicht mehr erholen. Zugleich wird den Wasserbezugsregionen wertvolles Trinkwasser entzogen, da in Frankfurt nicht mal zur Grünbewässerung Brauchwassernetze bestehen.

Der Stadtwald, aber auch die Bäume in den Grünanlagen und Parks, auf den Plätzen und entlang der Straßen in der Stadt müssen in ihrer Zusammensetzung an die durch den Klimawandel geänderten Voraussetzungen angepasst werden und endlich alternative Bewässerungssysteme erschlossen werden.

An einem Umdenken zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung führt kein Weg mehr vorbei. Für die Stadtbewohner*innen sind Grün- und Freiflächen nicht nur für die psychische, sondern auch für die physische Gesundheit von erheblicher Bedeutung.

Bei den erwarteten Klimaveränderungen mit zunehmend heißeren Sommern und im Hinblick auf den hohen Anteil versiegelter Bereiche – etwa in der Innenstadt – haben Begrünungen und Freiluftschneisen eine zunehmend wichtige Funktion. Der Anteil von kühlendem Stadtgrün muss insbesondere dort erheblich steigen.

Begrünungen aller Art in der Stadt – dazu zählen unter anderem Dach- und Fassadenbegrünungen – verhindern ein zu starkes Aufheizen von Straßenschluchten mit hoher Strahlungsintensität in den Sommermonaten und tragen zu einer höheren Luftfeuchtigkeit bei. Entsiegelte Flächen, Retentionsflächen an Flüssen und Bächen, erweiterte Kanalsysteme, aber auch Gründächer tragen dazu bei, die Folgen von Starkregenereignissen abzufedern.

Das im Haushalt 2020/21 für den Stadtforst und die Unterhaltung von Grün- und Freiflächen eingeplante Budget hat bei weitem nicht ausgereicht und musste für das Jahr 2020 nachträglich ausgeglichen werden. Für das Jahr 2021 ist ebenfalls mit einer Unterdeckung zu rechnen. Im Haushaltsentwurf 2022 werden die Mittel dennoch in gleicher Höhe fortgeschrieben bzw. gekürzt, obwohl stadtweit kaputte Spielgeräte auf öffentlichen Spielplätzen nicht repariert werden und viele Bäume, Grün- und Freiflächen nicht vor dem Vertrocknen gerettet werden konnten. Sowohl beim StadtForst als auch beim Grünunterhalt muss der Haushaltsansatz daher angehoben werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Aktive Liegenschaftspolitik

Produktbereich: 31 Finanzen
Produktgruppe: 31.08 Abwicklung von Grundstücksgeschäften

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Ausgaben im Projekt 5.005485 Grunderwerb und Freimachung werden zugunsten des Erwerbs von Grundstücken, die für den Wohnungsbau geeignet sind, auf 35 Millionen Euro erhöht. Die erworbenen Grundstücke werden im Erbbaurecht für einen verminderten Erbbauzins an die stadteigene ABG Holding oder an nicht renditeorientierte Wohnprojektgruppen vergeben mit der Auflage, dass diese auf den Grundstücken geförderten Wohnraum bauen. Mindestens 50 Prozent der Wohnungen werden im ersten Förderweg erstellt. Die Mietpreisbindungen bestehen unbefristet.

2. Im Haushalt 2022 werden jährlich 10 Millionen Euro für den „Liegenschaftsfonds zur Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten“ (Projekt 5.007173) eingestellt, um eine soziale Liegenschaftspolitik voranzubringen. Für die über den Liegenschaftsfonds erworbenen Grundstücke werden ausschließlich Erbbaurechte vergeben, die Grundstücke verbleiben im Besitz der Stadt. Gegebenenfalls werden vergünstigte Erbbauzinssätze vereinbart, um sozialverträgliche Miethöhen zu ermöglichen.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Begründung:

In Frankfurt fehlt bezahlbarer Wohnraum. Dem wirkt der Magistrat mit einer aktiven Liegenschaftspolitik entgegen. Die Stadt lässt oft Chancen ungenutzt verstreichen, um Grundstücke zu erwerben und dort bestehende Mietpreise zu erhalten oder sozialen Wohnungsbau zu bezahlbaren Mietpreisen zu schaffen.

DIE LINKE. im Römer bedauert, dass die Haushaltsmittel im Projekt 5.005485 von 25,2 Millionen Euro auf dem Vorjahresniveau bleiben und keine Erhöhung geplant ist. Da der Mangel an bezahlbarem Wohnraum weiterhin eins der drängendsten Probleme in Frankfurt bleibt, muss dieser Posten weiter aufgestockt werden. Die Mittel müssen außerdem beherzter für den Ankauf von bestehenden Wohnungen und Baugrundstücken eingesetzt werden. Einmal erworbene Grundstücke sollen nicht wieder veräußert werden.

Die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten ist eine Zielsetzung der Stadtregierung. Schon seit Jahren werden allerdings Wohnprojekte verschleppt, zum Beispiel am Campus in Bockenheim. Insbesondere fehlt es an Grundstücken und verbindlichen Zusagen seitens der Stadt Frankfurt. Im Haushaltsentwurf 2022 sind für den „Liegenschaftsfonds zur Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten“ allerdings nur Restgelder aus der vorangegangenen Veräußerung von Grundstücken eingestellt. Für das Jahr 2022 sind in der Planung keine eigenen Finanzmittel für dieses Projekt eingestellt. Das muss entsprechend der Förderziele von Wohnprojektgruppen geändert werden.

Die Finanzierung von Betreuung und Ausstattung gemeinschaftlicher Wohnprojekte mit Grundstücken muss gesichert sein. Vor allem die Durchführung der Konzeptverfahren zur Vergabe der Grundstücke nach sozialen Kriterien muss besser aufgestellt werden, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Durch die Bereitstellung von geeigneten Flächen und der zu deren Erwerb durch die Stadt erforderlichen Mittel entsteht eine Planungssicherheit für Wohnprojekte abseits der engen Zeitpläne von Investor*innen. Die selbstverwalteten Gruppen setzen sich für langfristig abgesicherten bezahlbaren Wohnraum ein und stärken die Quartiere, indem sie Räume als Treffpunkte zur Verfügung stellen. Auch für andere selbstverwaltete Projekte kann ein gut ausgestatteter Liegenschaftsfonds städtische Flächen im Erbbaurecht zur Verfügung stellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Vorkaufsrechte wahrnehmen und Milieuschutzsatzungen ernst nehmen

Produktbereich:	13	Stadtplanung
Produktgruppe:	13.01	
Produktbereich:	31	Finanzen
Produktgruppe:	31.08	Abwicklung von Grundstücksgeschäften

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2022 werden zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro pro Jahr eingestellt, um die Aufgaben der Stadt Frankfurt am Main im Zusammenhang mit § 24 Baugesetzbuch (dem „Allgemeinen Vorkaufsrecht“), insbesondere in Gebieten mit bestehenden Milieuschutzsatzungen, und mit § 25 Baugesetzbuch (dem „Besonderen Vorkaufsrecht“) wahrzunehmen.

Die erworbenen Grundstücke und Wohngebäude werden für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum und der entsprechenden Infrastruktur gesichert.

Ein Weiterverkauf der Grundstücke aus städtischem Besitz wird ausgeschlossen.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Begründung:

Mit den Milieuschutzsatzungen der Stadt Frankfurt am Main soll die Verdrängung der alteingesessenen Mieter*innen durch Luxussanierungen verhindert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden 2018 sechs neue Milieuschutzsatzungen verabschiedet.

Besonders die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist in Gebieten mit gültiger Milieuschutzsatzung erschwert, denn die Stadt kann per Vorkaufsrecht in Kaufverträge als Käuferin einsteigen, sofern der*die eigentliche Käufer*in nicht zusichert, von einer Umwandlung in Eigentum abzusehen. Damit die Stadt glaubhaft machen kann, ihre Pflichten als Käuferin wahrzunehmen, müssen entsprechende Mittel vorhanden sein. Nur dann kann ggf. umfangreich vom städtischen Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht werden.

Mit § 4192 vom 17.06.2019 wurde die Erweiterung des Ankaufsetats für das Jahr 2019 um 7,5 Millionen Euro beschlossen. Eine Verstetigung und Aufstockung dieser Mittel zur Ausübung von Vorkaufsrechten muss im Haushalt 2022 unbedingt berücksichtigt werden. Mit weiteren Bodenpreissteigerungen werden sich die Fälle häufen, in denen die Ausübung des Vorkaufsrechts notwendig wird, um die Bevölkerung vor Verdrängung zu schützen. Dafür bedarf es entsprechender Mittel zur Ausübung des Vorkaufsrechts.

Auch im Rahmen von Vorkaufssatzungen, die Bebauungspläne begleiten, werden diese Mittel notwendig. Seit Januar 2018 wurden insgesamt sechs Vorkaufssatzungen für Gebiete mit neuen Bebauungsplänen beschlossen. Auf dieser Grundlage kann die Stadt ein besonderes Vorkaufsrecht geltend machen. Um die in entsprechenden Bebauungsplänen formulierten städtebaulichen Ziele zu verwirklichen und die Grundstücke hierfür anzukaufen, werden die benötigten Mittel in den Haushalt eingestellt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

KEG ausschließlich in öffentlicher Hand

Produktbereich:
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, für die Überführung Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (KEG) in 100 Prozent städtische Hand ausreichende finanzielle Mittel einzustellen.

2. Die Weiterveräußerung von Liegenschaften und Wohnobjekten durch die KEG soll ausschließlich an gemeinnützig agierende Genossenschaften oder an die stadteigene Wohnungsgesellschaft ABG Holding erfolgen.

Begründung:

Die KEG wurde 1995 als Public Private Partnership-Unternehmen für die Entwicklung von ehemals militärisch genutzten Liegenschaften und deren Umnutzung für zivile Zwecke gegründet. Seitdem sind die Stadt Frankfurt am Main und die Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH (BSMF) zu jeweils 50 Prozent Anteileigner*innen des Unternehmens. Die BSMF ist ein privater Dienstleister.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Zielsetzung der KEG ist der Erwerb und die Entwicklung von Flächen, deren bisherige, insbesondere militärische, Nutzung für andere Zwecke, vornehmlich des Wohnungsbaus, geändert werden soll. Ziel ist auch die anschließende Veräußerung.

In Frankfurt verschärft sich die Wohnungsnot seit Jahren: Zahlreiche Menschen haben große Schwierigkeiten angemessenen und bezahlbaren Wohnraum in Innenstadtnähe zu finden. Um breite Schichten mit ausreichend Wohnraum versorgen zu können, müssen verschiedenste wohnungspolitische Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Entwicklung von mindergenutzten Flächen für den Wohnungsbau ist ein wichtiger Baustein, um das Wohnungsangebot in Frankfurt zu erhöhen und die Wohnungsnot zu lindern.

Wohnen ist integraler Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Der private Wohnungsmarkt führt zu einer Verschärfung der Wohnungsnot, da Bauprojekte von privaten Akteur*innen am Bedarf vorbei gebaut werden. Um die volle Kontrolle und Transparenz über die Versorgung mit Wohnraum sowie der Preisgestaltung der Mieten zu gewinnen, ist es notwendig, dass die KEG zu 100 Prozent in städtische Hand überführt wird. Die KEG soll zur Verantwortung gezogen werden, Frankfurter*innen mit angemessenem und ausreichendem Wohnraum zu versorgen. Diesen Auftrag kann sie nur erfüllen, wenn der Einfluss der Kommune auf das Unternehmen substanziell ausgeweitet und gesichert wird.

Jedes Jahr werden viele Millionen Euro Gewinn von der KEG an einen privaten Gesellschafter ausgeschüttet. Es muss jedoch gelten: Die Überschüsse verbleiben bei der Stadt. Öffentliche Grundstücke dürfen nicht zum Zweck der Spekulation oder Gewinnmaximierung, sondern ausschließlich an gemeinwohlorientierte Akteur*innen weiterveräußert werden. Kommunale Unternehmen müssen sich am Gemeinwohl der städtischen Gesellschaft orientieren und sozialverträglich agieren. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss wieder in die öffentliche Verantwortung.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Mehr Mülleimer an öffentlichen Plätzen

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe: 22.12 Kommunale Abfallwirtschaft

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt installiert mehr vogelsichere Mülleimer an öffentlichen Plätzen.

Begründung:

Seit Jahren gibt es zu wenig Mülleimer im öffentlichen Raum. Das Problem spitzt sich besonders seit Beginn der Corona-Pandemie zu, da viele Menschen in Frankfurt unterwegs Speisen und Getränke zum Mitnehmen verzehren und die Mülleimer an besonders stark frequentierten Orten, wie z.B. das Mainufer, die Zeil oder der Merianplatz, stark überfüllt sind. Oftmals liegen Essensreste, Verpackungen und sonstiger Abfall aufgrund fehlender Müllentsorgungsmöglichkeiten auf dem Boden. Hinzu kommt, dass Vögel, insbesondere Krähen, die sich auf der Suche nach Nahrung befinden, im Müll herumwühlen und zu noch mehr Unordnung beitragen.

Um das Müllproblem in den Griff zu kriegen, müssen ausreichend große, vogelsichere Mülleimer installiert werden. Besonders an gut besuchten Orten, wie Einkaufsstraßen, öffentlichen Plätzen und Parks, muss die Anzahl der Mülleimer substanziell ausgeweitet werden. Die Maßnahme ist notwendig, um Frankfurt sauberer zu machen und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum für alle zu erhöhen. Die Ausweitung von

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

vogelsicheren Mülleimern muss dabei mit einer regelmäßigen Entleerung einhergehen, um Überfüllung zu vermeiden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 27. April 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Kostenlose öffentliche Toiletten für alle ausbauen – Gendergerechtigkeit mitdenken

Produktbereich:	34	Grundstücks- und Gebäudemanagement
Produktgruppe:	34.04	Öffentliches Toilettenwesen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die notwendigen Mittel für die Planung, Sanierung, Errichtung und den Betrieb von entgeltfreien öffentlichen Toiletten werden in den Haushalt 2022 ff. eingestellt.

2. Hygieneprodukte werden in allen öffentlichen Sanitärräumen kostenlos den Nutzer*innen zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Toiletten stellen einen wichtigen Teil der Infrastrukturversorgung, Daseinsvorsorge und städtischen Mobilität dar – sie schaffen Zugang zu öffentlichem Raum. Die geringe Anzahl der öffentlichen Toiletten in Frankfurt begünstigt Wildpinkeln und veranlasst viele Menschen, vor allem auch mit Blasenbeschwerden, Inkontinenz und Menstruation, Schwangere oder Eltern kleiner Kinder ihre Mobilität und Teilhabe am öffentlichem Leben einzuschränken.

Seit Jahren fordern die Bürger*innen Frankfurts mehr öffentliche Toiletten. Besonders in den Sommermonaten ist der Bedarf nach gut erreichbaren, öffentlichen Toiletten groß.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Bereits Ende 2018 sollte ein stadtweites Toilettenkonzept zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Bisher wurden lediglich mögliche Standorte geprüft. Mit der Stellungnahme des Magistrats vom 17.02.2022 (F 571/2021) vertröstet er noch immer die Bürger*innen, statt endlich tätig zu werden. Selbst vier Jahre nach Beschlussfassung kann derzeit keine verbindliche Zeitplanung benannt werden.

Damit dieses Vorhaben endlich Wirklichkeit wird, werden die entsprechenden Mittel im Haushalt gesondert ausgewiesen und in entsprechendem Umfang eingestellt. Nicht nur der Betrieb muss finanziert werden, sondern auch Neubau und Sanierung sollen bedacht werden.

Zentral ist dabei, dass öffentliche Toiletten jeder Person kostenfrei zur Verfügung gestellt werden müssen. Besonders ungerecht ist, dass es an einigen Orten eine strukturelle Diskriminierung von Frauen* gibt: Während Pissoirs kostenlos angeboten werden, wird für die Nutzung vieler Sitztoiletten eine Benutzungsgebühr erhoben (z.B. im Holzhausenpark). Die heutige Toilettensituation im öffentlichen Raum widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und benachteiligt Frauen*.

Der Berliner Verein „Buschfunk Bündnis“ setzt sich für die gerechte Verteilung und Konzipierung von Toiletten in der Stadt ein und fordert einen massiven Ausbau von angemessenen Toiletten für Frauen*. Dazu wurde das Berliner Toilettenkonzept analysiert und ein Überhang von Männertoiletten festgestellt. Die Kampagne kann als Vorbild dienen, um gendergerechte Aspekte bei der Toilettenkonzeption zu berücksichtigen und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Toilettenproblem voranzutreiben. Diesen Blick gilt es auch in Frankfurt zu schärfen.

Ebenso wie Toilettenpapier, Seife und Papierhandtücher sollten Menstruationsartikel zur Grundausstattung jeder öffentlichen Toilette zählen. Das kostenlose Angebot an Menstruationsartikeln kann Personen im Alltag unterstützen, die von einer unregelmäßigen Menstruation betroffen sind und gerade keine notwendigen Hygieneartikel zur Hand haben. Mit der Ausgabe von Menstruationsartikeln in öffentlichen Toiletten kann zudem erreicht werden, die finanzielle Mehrbelastung durch die Menstruation und mögliche Zugangsschwierigkeiten zu den entsprechenden Produkten zu verringern. Die Bereitstellung dieser Produkte ist somit nicht nur ein wichtiges Signal für die Enttabuisierung des Themas Menstruation, sondern kann eine wirksame Maßnahme sein, um Periodenarmut zu bekämpfen.

Bei der Planung der öffentlichen Toiletten müssen energetische Gesichtspunkte und die Erkenntnisse der Angstraumforschung einbezogen werden.

Schließlich sind genug Gelder für einen reibungslosen und hygienischen Betrieb mit Beschäftigungsverhältnissen, die mindestens tariflich entlohnt werden, bereitzustellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Keine Subventionierung von Hungerlöhnen

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, eine Initiative über den Hessischen Städtetag einzubringen, um ein Modell für eine kommunale Abgabe zu entwickeln, mit der Unternehmen belegt werden, die Arbeitnehmer*innen in Vollzeit zu einem Monatslohn beschäftigen, der sie zum Bezug von Arbeitslosengeld II zwingt.

2. Diese Abgabe soll den kommunalen Anteil an den Transferleistungen kompensieren.

Begründung:

In Frankfurt leben über 19 Prozent der Bevölkerung in relativer Einkommensarmut. Das arbeitgebernahe Wirtschaftsforschungsinstitut in Köln (IW) hat in einer Studie die Einkommensarmut in Kaufkraftarmut überführt und sie für deutsche Großstädte berechnet. Hier liegt die Quote in der reichen Stadt Frankfurt bei 24,8 Prozent (IW Teilhabemonitor 2019). Bei Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten also lebt fast ein Viertel der Frankfurter Bevölkerung in Einkommensarmut.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Auch viele andere Kommunen sind von dieser Problemlage betroffen. Deshalb ist es notwendig, eine solche Abgabe überregional zu entwickeln.

Die Einführung dieser Abgabe ist ein Zeichen in Richtung sozialer Umverteilung von oben nach unten. Damit soll die Subventionierung von Vollzeitarbeitsplätzen mit niedrigstem Lohn, zumindest auf kommunaler Ebene, zurückgenommen werden. Mit der Abgabe sollen sich die Lohnkosten für Unternehmen soweit erhöhen, dass sich für sie die Beschäftigung von Menschen zu einem Lohn, mit dem der Lebensunterhalt nicht bestritten werden kann, nicht mehr lohnt. Durch den Wegfall der Transferzahlungen würden der Stadt weitere Finanzmittel für sinnvolle Projekte zur Verfügung stehen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Investitionsstau beenden
500 Millionen Euro zusätzlich für die Infrastruktur

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt am Main legt in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Maßnahmen der aktiven Infrastrukturpolitik. Dafür wird ein zusätzliches Frankfurter Investitionsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich für die nächsten fünf Jahre aufgelegt.

2. Das Investitionsprogramm soll vorrangig mit regionalen Unternehmen umgesetzt werden.

3. Für die Umsetzung der im Investitionsprogramm enthaltenen Projekte werden die nötigen Stellen in der Stadtverwaltung neu geschaffen.

Begründung:

Wenn die öffentliche Infrastruktur verkommt und es zugleich an guten Arbeitsplätzen mangelt, liegt nichts näher, als ein städtisches Investitionsprogramm aufzulegen. Bei dem vorgeschlagenen Volumen kann dies 4.500 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Es trägt dazu bei, die öffentliche Infrastruktur zu sanieren und die schlimmsten Missstände, etwa in

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

den Bereichen Kitaversorgung, Gesundheitssystem, Schulraumsanierung, Brücken, Straßen und sozialem Wohnungsbau, zu beseitigen. Das Investitionsprogramm refinanziert sich durch zusätzlich entstehende Einnahmen zu etwa einem Drittel selbst.

In Zeiten von niedrigen Zinsniveaus ist es die beste Investition in die Zukunft, wenn die Kommune die Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur selber in die Hand nimmt. Davon profitieren die Kommune, die regionalen Betriebe und die Beschäftigten.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die im kommunalen Haushalt eingeplanten Investitionssummen nie voll ausgeschöpft wurden. Das liegt auch daran, dass in den betroffenen Ämtern das nötige Personal fehlt, um die Investitionsprojekte zu planen, zu koordinieren und zu einem zeitnahen Abschluss zu bringen. Deswegen ist es mit dem Bereitstellen von Investitionsmitteln alleine nicht getan. Es braucht auch das nötige Personal dafür.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Was kommunal ist, sollte auch der Kommune gehören

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung für die Aufhebung bzw. Lockerung der Subsidiaritätsklausel bezüglich der wirtschaftlichen Tätigkeit von Gemeinden (§ 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO) einzusetzen.

2. Gleichzeitig erhöht die Stadt Frankfurt ihre Anteile an wirtschaftlich tätigen Gesellschaften, an denen sie mittelbar und unmittelbar beteiligt ist, mit dem Ziel einer vollständigen Rekommunalisierung.

3. Die erforderlichen Mittel für die Rekommunalisierung werden in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Der Paragraph 121 der Hessischen Gemeindeordnung legt fest, dass sich die Gemeinden wirtschaftlich betätigen können. Mit der Einschränkung, wenn „der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann“. Auf diesen Zusatz wurde und wird verwiesen, wenn Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert wurden bzw. werden.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Die Erwartungen, die an die Privatisierung von kommunalem Eigentum geknüpft wurden, sind nicht erfüllt worden. Durch die Privatisierung wurden weder die Kosten für die Bürger*innen gesenkt, noch hat die Qualität der Dienstleistungen zugenommen. Im Gegenteil. Deshalb sind in den letzten Jahren viele Kommunen dazu übergegangen, Aufgaben wieder in Eigenregie durchzuführen.

Jahr für Jahr werden viele Millionen Euro Gewinn von den kommunalen Betrieben an private Gesellschafter*innen ausgeschüttet. Grundsätzlich muss gelten: Die Überschüsse verbleiben bei der Stadt und der Einfluss der Kommune auf die Unternehmen wird gesichert.

Erfolgskriterien von Unternehmen dürfen nicht ausschließlich auf betriebswirtschaftliche Kennzahlen reduziert werden. Kommunale Unternehmen müssen sich am Gemeinwohl der städtischen Gesellschaft und an Nachhaltigkeit orientieren. Die Indikatoren lauten sozial, ökologisch, nachhaltig und demokratisch.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Lärmzuschlag für Kurzstreckenflüge

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe:

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt führt einen Lärmemissionsbeitrag ein, der für Kurzstreckenflüge in Höhe von 15 Euro pro Passagier*in für alle Flüge bis 600 Kilometer ab Frankfurter Flughafen erhoben wird.

Begründung:

Mobilität ist ein hohes Kulturgut. DIE LINKE. im Römer will die Mobilität deshalb auch nicht einschränken oder verbieten, aber - insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels - alternative und weniger umweltbelastende Mobilitätsangebote unterstützen.

Da es im Bereich der Kurzstreckenflüge attraktive Angebote der Deutschen Bahn und anderer Anbieter*innen ohne großen zeitlichen Mehraufwand gibt, möchten wir mit der Abgabe eine Lenkungswirkung hin zum Bahnverkehr bewirken.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Der Lärmzuschlag für Kurzstreckenflüge dient dabei als ein zusätzlicher Hebel zu der im Klimakompromiss der Bundesregierung vorgesehenen Mehrwertsteuersenkung auf Bahntickets.

Durch die Nord-West-Landebahn hat Fluglärm, insbesondere in den in Flugrouten liegenden Stadtteilen, enorm zugenommen. In den kommenden Jahren muss die Stadt in Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung investieren.

Der Lärmemissionsbeitrag soll einerseits zum Lärmschutz für städtische Einrichtungen verwendet werden, aber auch dem ÖPNV zugutekommen, um die Nutzung dieses Mobilitätsangebotes so komfortabel, barrierefrei und günstig wie möglich gewährleisten zu können.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2022

Mehr Steuerfahnder*innen einsetzen - Gewerbesteuereinnahmen erhöhen

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt am Main steigert ihre Gewerbesteuereinnahmen durch die Schaffung von weiteren Stellen zur Betriebsprüfung. Hierfür nimmt sie ihre gesetzlichen Mitwirkungsrechte im Steuerermittlungsverfahren (§ 21 Abs. 3 FVG) zur Gewerbesteuer wahr. Die Aufgabe der kommunalen Betriebsprüfung besteht in der Begleitung, Unterstützung und Intensivierung der Betriebsprüfung durch das Finanzamt mit der Zielsetzung, Fehlern im Verfahren vorzubeugen, das Verfahren zu beschleunigen und die Gewerbesteuerpflicht der Unternehmen durchzusetzen.

Begründung:

Die Gewerbesteuereinnahmen können durch den Einsatz von kommunalen Betriebsprüfer*innen zusätzlich gesteigert werden. Andere Kommunen haben mit dem Einsatz von kommunalen Betriebsprüfer*innen schon gute Erfahrungen gemacht.

Die Teilnahme von kommunalen Betriebsprüfer*innen stellt auch keinen Eingriff in das Steuergeheimnis nach § 30 Abs. 4 Nr. 1 AO dar. Das Finanzgericht Düsseldorf stellt in einem Urteil vom 19. Januar 2018 (1 K 2190/17 AO) fest: „§ 21 Abs. 3 FVG gewährt den Gemeinden das Recht auf Teilnahme an Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden für

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

den Bereich der Realsteuern. Aus diesem Recht folgt die Pflicht der Steuerpflichtigen, die Anwesenheit der Gemeindebediensteten zu dulden und diesen Zutritt zu ihren Geschäftsräumen zu gewähren, ohne dass es hierfür einer zusätzlichen gesonderten Ermächtigungsgrundlage bedarf. Es liegt kein Verstoß gegen den verfassungsrechtlichen Vorbehalt des Gesetzes (Art. 20 Abs. 3 GG) im Rahmen staatlicher Eingriffsverwaltung vor."

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Gewerbesteuerhebesätze moderat erhöhen

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe: 98.06 Steuern und steuerähnliche Einnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2022 wird der Hebesatz der Gewerbesteuer um 30 Punkte erhöht.

Begründung:

Mit der Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes werden notwendige Mittel für die Stadt eingenommen, um damit Investitionen zu tätigen. Mit der moderaten Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze werden Mehreinnahmen von ca. 100 Mio. Euro generiert. Damit werden die kommunalen Einnahmen spürbar erhöht und der städtische Handlungsspielraum erweitert.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt, 29. März 2022

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Bedarfsgerechte Stellenplanung

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Produktbereich: 32 Personal und Organisation
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für sämtliche Ämter und Eigenbetriebe der Stadt Frankfurt wird ein Stellenplan erstellt und umgesetzt, der den tatsächlichen Bedarf gemessen an den zu erbringenden Leistungen abbildet. Dabei sind die zu erwartenden Abwesenheiten der Beschäftigten vollumfänglich als Ausfallzeiten in der Planung zu berücksichtigen. Sind Abwesenheitszeiten individuell nicht konkret voraussagbar (wie z.B. längere Erkrankung oder Elternzeit) wird der Durchschnittswert der Abwesenheitstage der letzten 3 Jahre bezogen auf einen bestimmten Abwesenheitsgrund für ein Amt oder Eigenbetrieb zugrunde gelegt.

Die geplanten Stellen sind zu 100 Prozent zu besetzen.

Begründung:

In der Frankfurter Stadtverwaltung sind durchschnittlich nur 87 Prozent der Stellen besetzt. Die Beschäftigten müssen aber 100 Prozent Leistung erbringen. Dieses Missverhältnis muss ein Ende haben. Die strukturelle Unterbesetzung spart Kosten, allerdings auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Daseinsvorsorge.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3 **e-mail:** **info@dielinke-fraktion.frankfurt.de** **Telefon (069) 212 462 93**
60311 Frankfurt am Main **Internet:** **www.dielinke-im-roemer.de**

Das Arbeitspensum der Stadtverwaltung hat in Folge der wachsenden Stadt in den letzten Jahren zugenommen. Das Personalamt macht in diesem Zusammenhang auf immer mehr krankheitsbedingte Ausfälle aufmerksam. Der Stellenplan muss die Ausfallzeiten wegen Erkrankungen inkl. Reha-Maßnahmen ebenso wie tariflich (z.B. Urlaub, Sonderurlaub, Bildungsurlaub, Fort- und Weiterbildung, etc.) und gesetzlich (z.B. Elternzeit, Bildungsurlaub, Personalratsarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten, etc.) begründete Abwesenheiten einkalkulieren.

Die Stadt hat hier eine doppelte Verantwortung. Einmal ist sie der Bevölkerung der Stadt in allen öffentlichen Bereichen eine leistungsfähige Verwaltung schuldig. Es geht hierbei nicht nur um die Beseitigung der unzumutbaren Zustände wie z.B. bei der Ausländerbehörde, im Gesundheitsamt oder der Branddirektion, sondern auch um den Umgang mit öffentlichen Mitteln. Weil viele Ämter und Eigenbetriebe unterbesetzt sind, können zum Beispiel Bauprojekte nicht adäquat kontrolliert und begleitet werden. Mit der Folge, dass immense Mehrkosten entstehen. Die Stadt trägt auch Verantwortung für ihre Beschäftigten. Es darf nicht sein, dass die Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Gesundheit und der Arbeitnehmer*innenrechte der städtischen Mitarbeiter*innen erreicht wird.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann
Stv. Pearl Hahn